

Bundesgesetzblatt

1505

Teil II

1962	Ausgegeben zu Bonn am 27. Oktober 1962	Nr. 36
Tag	Inhalt	Seite
22. 10. 62	Gesetz zu dem Niederlassungs- und Schiffsahrtsvertrag vom 18. März 1960 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland	1505
6. 9. 62	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Inkrafttreten für die Türkei; Weitergeltung für Dahome)	1522
11. 10. 62	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Verordnung über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an internationale Bedienstete der Nordatlantikvertrags-Organisation sowie über das Inkrafttreten der Vereinbarung vom 30. November 1961	1523
	Veröffentlichung der Europäischen Gemeinschaften (<i>Nachrichtlicher Abdruck</i>)	
	Die Verwaltungskommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft — Hinweis	1524

Gesetz zu dem Niederlassungs- und Schiffsahrtsvertrag vom 18. März 1960 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland

Vom 22. Oktober 1962

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 18. März 1960 unterzeichneten Niederlassungs- und Schiffsahrtsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland, dem Protokoll und den Briefwechseln vom selben Tag wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll und die Briefwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 30 Abs. 2 sowie das Protokoll und die Briefwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 22. Oktober 1962

Der Bundespräsident
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister des Auswärtigen
Dr. Schröder

Niederlassungs- und Schiffsverkehrsvertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Griechenland

*Συνθήκη Έγκαταστάσεως και Ναυτιλίας
μεταξύ του Βασιλείου της Ελλάδος
και της Ομοσπονδιακής Δημοκρατίας της Γερμανίας*

DER PRÄSIDENT
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG DER HELLENEN

von dem Wunsche geleitet, die Stellung ihrer Staatsangehörigen, die sich im Gebiet des anderen Staates befinden, ebenso wie Fragen der Seeschifffahrt entsprechend den zwischen beiden Staaten bestehenden freundschaftlichen Beziehungen und zur Förderung ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu regeln, sind übereingekommen, einen Niederlassungs- und Schiffsverkehrsvertrag zu schließen.

Zu diesem Zweck haben ernannt:

Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Dr. Albert Hilger van Scherpenberg,
Staatssekretär des Auswärtigen Amts,

Seine Majestät Der König der Hellenen
Herrn Thomas Ypsilanti,
Königlich Griechischer Botschafter in Bonn,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

1. Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, den Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates die Einreise in sein Gebiet und den Aufenthalt zu erleichtern.

2. Den Staatsangehörigen eines Vertragsstaates werden nach Maßgabe der geltenden Bestimmungen die Einreise, der vorübergehende und der längere oder dauernde Aufenthalt in dem Gebiet des anderen Vertragsstaates gestattet, sofern nicht Gründe der öffentlichen Ordnung, der Sicherheit, der Volksgesundheit oder der Sittlichkeit entgegenstehen.

Artikel 2

1. Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaates, die ihren ordnungsmäßigen Aufenthalt im Gebiet des anderen Vertragsstaates haben, dürfen nur ausgewiesen werden, wenn sie die Sicherheit des Staates gefährden oder gegen die öffentliche Ordnung oder die Sittlichkeit verstoßen. Die gleichen Grundsätze finden auf die Nichterneuerung, die Nichtverlängerung oder den Entzug der Aufenthaltserlaubnis Anwendung.

2. Sofern nicht zwingende Gründe der Sicherheit des Staates es erfordern, dürfen die Staatsangehörigen eines Vertragsstaates, die ihren ordnungsmäßigen Aufenthalt im Gebiet des anderen Vertragsstaates haben, nur ausgewiesen werden, wenn ihnen Gelegenheit gegeben worden ist, Gegenvorstellungen zu erheben, ein Rechtsmittel einzulegen und sich zu diesem Zweck vor einer zuständi-

Ο ΒΑΣΙΛΕΥΣ ΤΩΝ ΕΛΛΗΝΩΝ
και

Ο ΠΡΟΕΔΡΟΣ ΤΗΣ ΟΜΟΣΠΟΝΔΙΑΚΗΣ
ΔΗΜΟΚΡΑΤΙΑΣ ΤΗΣ ΓΕΡΜΑΝΙΑΣ

Έν τῇ ἐπιθυμίᾳ τῶν νὰ ρυθμίσουν τὴν θέσιν τῶν ὑπῆκόων αὐτῶν οἵτινες εὐρίσκονται ἐν τῷ ἐδάφει τοῦ ἐτέρου Κράτους ὡς καὶ ζητήματα ναυτιλιακά, συμφώνως πρὸς τὰς μεταξὺ τῶν δύο Κρατῶν ὑφισταμένας φιλικὰς σχέσεις καὶ πρὸς προαγωγὴν τῆς οἰκονομικῆς αὐτῶν συνεργασίας, συνεφώνησαν νὰ συνάψουν Συνθήκην Έγκαταστάσεως καὶ Ναυτιλίας.

Πρὸς τὸν σκοπὸν τοῦτον ὤρισαν

Ἡ Αὐτοῦ Μεγαλειότης ὁ Βασιλεὺς τῶν Ἑλλήνων
τὸν Κύριον ΘΩΜΑΝ ΨΥΧΑΑΝΤΗΝ
Πρέσβυν τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος ἐν Βόννῃ

Ὁ Πρόεδρος τῆς Ὀμοσπονδιακῆς Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας
τὸν Κύριον Δρα ALBERT HILGER VAN SCHERPENBERG
Ἵπουργὸν τοῦ Ἵπουργείου Ἐξωτερικῶν

οἵτινες ἀνακοινώσαντες ἀμοιβαίως τὰ πληρεξούσια αὐτῶν ἐγγραφα, εὐρεθέντα ἐν νομίμῳ τύπῳ, συνεφώνησαν ἐπὶ τῶν ἀκολουθῶν:

Ἄρθρον 1ον

(1) Ἐκαστὸν τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἀναλαμβάνει τὴν ὑποχρέωσιν ὅπως διευκολύνη εἰς τοὺς ὑπῆκόους τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους τὴν εἰσοδὸν καὶ παραμονὴν εἰς τὸ ἔδαφός του.

(2) Ὑπὸ τὴν ἐπιφύλαξιν τῶν ἰσχυουσῶν διατάξεων ἢ εἰσοδοῦ, ἢ προσωρινῆ καὶ ἢ μακροτέρᾳ ἢ μόνιμος διαμονῆ ἐπὶ τοῦ ἐδάφους ἑνὸς ἐκ τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν θὰ ἐπιτρέπεται εἰς τοὺς ὑπῆκόους τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους ἐφ' ὅσον δὲν ἀντιτίθενται εἰς τοῦτο λόγοι δημοσίας τάξεως, ἀσφαλείας, δημοσίας ὑγείας ἢ χρηστῶν ἡθῶν.

Ἄρθρον 2ον

(1) Οἱ ὑπῆκοι ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν οἱ διαμένοντες κανονικῶς εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ἐτέρου Κράτους δὲν θὰ δύνανται νὰ ἀπελαθοῦν ἢ μὴ μόνον ἐάν προσβάλλουν τὴν ἀσφάλειαν τοῦ Κράτους ἢ ἔχουν προσβάλει τὴν δημοσίαν τάξιν ἢ τὰ χρηστικά ἔθνη. Αἱ αὐτὰ ἀρχαὶ ἐφαρμόζονται καὶ ἐπὶ μὴ ἀνανεώσεως, μὴ παρατάσεως καὶ ἀφαιρέσεως τῆς ἀδείας παραμονῆς.

(2) Ἐκτὸς ἐάν ἐπιτακτικοὶ λόγοι θίγοντες τὴν ἀσφάλειαν τοῦ Κράτους ἀπαιτοῦν τοῦτο οἱ ὑπῆκοι ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν, οἵτινες διαμένουν κανονικῶς εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους, δὲν δύνανται νὰ ἀπελαθοῦν εἰ μὴ μόνον ἀφοῦ γίνων δεκτοὶ ὅπως ὑποστηρίξουν τοὺς λόγους οὓς δύνανται νὰ ἐπικαλεσθοῦν ἐναντίον τῆς ἀπελάσεως τῶν, ὅπως ὑποβάλλουν προσφυγὴν καὶ ἐκπροσωπηθοῦν πρὸς τοῦτο ἐνώπιον

gen Behörde vertreten zu lassen. Das gleiche gilt für die Versagung der Erteilung oder Verlängerung oder den Entzug der Aufenthaltserlaubnis.

3. Die Staatsangehörigen eines Vertragsstaates, die seit mehr als fünf Jahren ihren ordnungsmäßigen Aufenthalt im Gebiet des anderen Vertragsstaates haben, dürfen nur aus Gründen der Sicherheit des Staates oder wenn die übrigen im Absatz 1 aufgeführten Gründe besonders schwerwiegend sind, ausgewiesen werden.

4. Der ordnungsmäßige Aufenthalt der Staatsangehörigen eines Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates gilt als nicht unterbrochen, wenn sie dieses Gebiet aus einem seiner Natur nach vorübergehenden Grund verlassen.

Artikel 3

1. Die Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates genießen im Gebiet des anderen Vertragsstaates Schutz und Sicherheit. Die Rechtsordnung des anderen Vertragsstaates darf sie nicht in eine Lage versetzen, die hinsichtlich des Schutzes ihrer Person weniger günstig ist als diejenige, die für die Inländer des anderen Vertragsstaates besteht. Die beiden Vertragsstaaten werden keine Bestimmungen erlassen, die besondere Beschränkungen, Auflagen oder Belastungen für die Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates enthalten.

2. Im Falle der Verhaftung oder Festnahme eines Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates ist der Staatsangehörige menschlich zu behandeln, unverzüglich nach Maßgabe der geltenden Gesetze von den gegen ihn erhobenen Beschuldigungen oder den Gründen, die zur Festnahme geführt haben, in Kenntnis zu setzen und sobald wie möglich vor ein Gericht zu stellen. Er kann alle für seine Verteidigung notwendigen und angemessenen Hilfsmittel, insbesondere die Dienste eines Anwalts seiner Wahl und eines Dolmetschers, in Anspruch nehmen.

3. Sobald ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaates von Behörden des anderen Vertragsstaates verhaftet oder festgenommen worden ist, ist der nächste konsularische Vertreter seines Landes unverzüglich von der Maßnahme zu unterrichten. Der konsularische Vertreter hat das Recht, so oft es ihm erforderlich erscheint, den Staatsangehörigen zu besuchen und in brieflicher Verbindung mit ihm zu bleiben. Die Besuche und der Briefverkehr müssen im Rahmen der für die Haftanstalt geltenden Vorschriften erfolgen, in der der Staatsangehörige in Gewahrsam gehalten wird. Die beiden Vertragsstaaten sind sich jedoch darin einig, daß derartige Vorschriften dem konsularischen Vertreter angemessene Möglichkeiten des Zuganges zu dem Staatsangehörigen und der Rücksprache mit ihm gewähren müssen.

Artikel 4

1. Die Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates unterliegen gegenüber dem anderen Vertragsstaat keiner Wehrdienstpflicht, auch dürfen sie nicht zum Eintritt in bewaffnete oder militarisierte Verbände gezwungen werden, die der andere Vertragsstaat innerhalb oder außerhalb seines Gebietes aufstellt.

2. Die Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates sind im Gebiet des anderen Vertragsstaates von allen öffentlichen Dienstleistungspflichten befreit, sofern es sich nicht um allgemeine zivile Dienstleistungen handelt, die zum Schutze der Zivilbevölkerung einschließlich der Abwehr von Naturkatastrophen vorgesehen sind. Die Befreiung erstreckt sich auch auf Zwangsbeiträge, die als Ablösung für persönliche Dienstleistungen auferlegt werden.

3. Den Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates wird im Gebiet des anderen Vertragsstaates Inländerbehandlung in bezug auf öffentliche Sachleistungspflichten, wie Requisitionen, zeitweilige Inbesitznahmen und

τῆς ἀρμοδίας ἀρχῆς. Ἡ διάταξις αὕτη ἐφαρμόζεται ὁμοίως εἰς περίπτωσιν ἀρνήσεως τῆς χορηγήσεως ἢ τῆς παρατάσεως τῆς ἀδείας παραμονῆς ἢ ἀνακλήσεως αὐτῆς.

(3) Οἱ ὑπῆκοι ἐνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν οἱ διαμένοντες κανονικῶς εἰς τὸ ἐδάφος τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους πλέον τῶν 5 ἐτῶν δὲν δύνανται νὰ ἀπελαθοῦν εἰμὴ μόνον ἐὰν ὑφίστανται λόγοι θίγοντες τὴν ἀσφάλειαν τοῦ Κράτους ἢ ἐὰν οἱ λοιποὶ λόγοι οἱ ἀναφερόμενοι εἰς τὴν παράγραφον 1 ἐνέχουσι χαρακτῆρα ἰδιαιτέρας σοβαρότητος.

(4) Ἡ κανονικὴ διαμονὴ τῶν ὑπῆκων ἐνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν εἰς τὸ ἐδάφος τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους δὲν δύνανται νὰ θεωρηθῇ ὡς διακοπεῖσα ἐκ τοῦ γεγονότος ὅτι οὗτοι ἐγκαταλείπουν τὸ ἐδάφος τοῦτο διὰ λόγους προσωρινῆς φύσεως.

Ἄρθρον 3ον

(1) Οἱ ὑπῆκοι τοῦ ἐνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἀπολαμβάνουν προστασίας καὶ ἀσφαλείας εἰς τὸ ἐδάφος τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους. Ἡ ἔννομος τάξις τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους δὲν δύνανται νὰ θέσῃ αὐτοὺς εἰς ὅ,τι ἀφορᾷ τὴν προσωπικὴν τῶν προστασίαν, εἰς θέσιν ὀλιγώτερον εὐνοϊκὴν ἐκείνης ἣν κατέχουν οἱ ὑπῆκοι τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους. Τὰ δύο συμβαλλόμενα Κράτη δὲν θὰ ἐκδώσουν διατάξεις αἰτινες θὰ περιλαμβάνουν εἰδικούς περιορισμούς, ὅρους ἢ ἐπιβαρύνσεις διὰ τοὺς ὑπῆκους τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους.

(2) Ἐν περιπτώσει συλλήψεως ἢ κρατήσεως ὑπῆκου τοῦ ἐνὸς συμβαλλομένου Κράτους ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους ὁ ὑπῆκοος θὰ τυγχάνῃ ἀνθρωπιστικῆς μεταχειρίσεως, θὰ λαμβάνῃ γνῶσιν συμφώνως πρὸς τοὺς ἰσχύοντας Νόμους καὶ ἄνευ βραδύτητος τῶν βαρυνουσῶν αὐτὸν κατηγοριῶν ἢ τῶν αἰτίων τῆς συλλήψεως καὶ θὰ παραπέμπεται κατὰ τὸ δυνατόν ταχύτερον ἐνώπιον δικαστηρίου. Ὁ δὲ δύναται νὰ χρησιμοποιοῖ ὅλα τὰ ἀναγκαῖα καὶ κατ'ἀλλῆλα μέσα ὑπερασπίσεως, ἴδια νὰ χρησιμοποιοῖ τὰς ὑπηρεσίας δικηγόρου τῆς ἐκλογῆς του καὶ διερμηνέως.

(3) Εὐθύς ὡς ὑπῆκοος τοῦ ἐνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν συλληφθῇ ἢ κρατηθῇ ὑπὸ τῶν ἀρχῶν τοῦ ἐτέρου τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ὁ πλησιέστερος προξενικὸς ἀντιπρόσωπος τῆς χώρας του δέον νὰ εἰδοποιῆται ἀμέσως περὶ τοῦ μέτρου. Ὁ προξενικὸς ἀντιπρόσωπος ἔχει τὸ δικαίωμα νὰ ἐπισκέπτεται τὸν ὑπῆκον ὅσον συχνὰ κρίνει τοῦτο ἀναγκαῖον καὶ νὰ ἀλληλογραφῇ μετ'αὐτοῦ. Αἱ ἐπισκέψεις καὶ ἡ ἀλληλογραφία δέον νὰ πραγματοποιῶνται ἐντὸς τοῦ πλαισίου τῶν ἰσχυουσῶν διατάξεων εἰς τὸ ἴδρυμα ἐντὸς τοῦ ὁποίου κρατεῖται οὗτος. Πάντως τὰ δύο συμβαλλόμενα Κράτη συμφωνοῦν ὅτι τοιαῦτα διατάξεις δέον νὰ παρέχουν εἰς τὸν προξενικὸν ἀντιπρόσωπον τὴν ἀρμόζουσαν δυνατότητα νὰ ἐπισκέπτεται τὸν ὑπῆκον του καὶ νὰ συζητῇ μετ'αὐτοῦ.

Ἄρθρον 4ον

(1) Οἱ ὑπῆκοι ἐνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν δὲν ὑπόκεινται εἰς οὐδεμίαν στρατιωτικὴν ὑποχρέωσιν ἐναντι τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους. Δὲν ὑποχρεοῦνται ἐπίσης νὰ κατὰτάσσονται εἰς ἐνόπλους ἢ παραστρατιωτικούς σχηματισμούς καταρτιζομένους ὑπὸ τοῦ ἐτέρου τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἐντὸς ἢ ἐκτὸς τοῦ ἐδάφους του.

(2) Οἱ ὑπῆκοι τοῦ ἐνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἀπαλλάσσονται πάσης παροχῆς ὑποχρεωτικῆς καὶ δημοσίας ὑπηρεσίας ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἐτέρου τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἐκτὸς ἐὰν πρόκειται περὶ πολιτικῶν γενικῶν παροχῶν προβλεπομένων διὰ τὴν προστασίαν τοῦ πολιτικοῦ πληθυσμοῦ, περιλαμβανομένης τῆς προλήψεως καταστροφῶν προερχομένων ἐκ τῆς φύσεως. Ἡ ἀπαλλαγὴ ἐπεκτείνεται ἐπίσης εἰς τὰς ὑποχρεωτικὰς εἰσφοράς τὰς τιθεμένας διὰ τὴν ἀπαλλαγὴν ἀπὸ τῆς παροχῆς τῶν προσωπικῶν ὑπηρεσιῶν.

(3) Ἡ Ἐθνικὴ μεταχείρισις θὰ παρέχεται εἰς τοὺς ὑπῆκους τοῦ ἐνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους εἰς ὅ,τι ἀφορᾷ τὰς ὑποχρεωτικὰς καὶ δημοσίας εἰσφοράς εἰς εἶδος ὡς ἐπιτάξεις, προσωρινὰς κα-

ähnliche Auflagen gewährt. Sie haben alle Garantien und Rechtsmittel, die den Inländern zustehen, sowie den Anspruch auf die gesetzlich vorgesehene Entschädigung.

4. Den Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates stehen im Gebiet des anderen Vertragsstaates alle Hilfszuwendungen zu, die bei Naturkatastrophen oder ähnlichen Katastrophen den eigenen Staatsangehörigen aus hierfür bereitgestellten öffentlichen Mitteln gewährt werden.

5. Hinsichtlich des Transfers der Leistungen gemäß den vorstehenden Absätzen 3 und 4 wird ein Vertragsstaat die Angehörigen des anderen Vertragsstaates nicht weniger günstig behandeln, als Staatsangehörige eines dritten Staates.

6. Die Bestimmungen der Absätze 2 bis 5 finden auf Gesellschaften entsprechende Anwendung.

7. Schiffe und Luftfahrzeuge unter der Flagge eines Vertragsstaates sind von Requisitionen seitens des anderen Vertragsstaates ausgeschlossen.

Artikel 5

1. Das Eigentum der Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates genießt im Gebiet des anderen Vertragsstaates einen nicht geringeren Schutz, als durch die Gesetze des anderen Vertragsstaates dem Eigentum der Inländer gewährt wird. Dies gilt auch für behördliche Maßnahmen, Durchsuchungen, Überprüfungen und alle anderen Eingriffe; diese sind im übrigen so durchzuführen, daß sie die Beteiligten möglichst wenig beschweren.

2. Die beiden Vertragsstaaten verpflichten sich, für die Staatsangehörigen und Gesellschaften des anderen Vertragsstaates keine besonderen Vorschriften oder Maßnahmen zu ergreifen, die deren Behandlung hinsichtlich bereits bestehender Beteiligungen an anderen Unternehmen in Form von Geldeinlagen oder in Form von jeder anderen vom Gesetz zugelassenen Einlage verschlechtern.

3. Das Eigentum von Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates darf im Gebiet des anderen Vertragsstaates nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet werden. Die Entschädigung muß dem Wert des entzogenen Eigentums entsprechen, tatsächlich verwertbar sein und ohne unnötige Verzögerung geleistet werden. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

4. Die Enteignungsentschädigung ist hinsichtlich des Teiles frei transferierbar, der dem Wert des eingeführten Kapitals und solchen Erträgen entspricht, die nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften bis zum Zeitpunkt der Auszahlung der Enteignungsentschädigung hätten ausgeführt werden können, aber nicht ausgeführt worden sind.

5. Schiffe und Luftfahrzeuge unter der Flagge eines Vertragsstaates unterliegen keiner Enteignung durch den anderen Vertragsstaat.

Artikel 6

1. Den Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates wird im Gebiet des anderen Vertragsstaates hinsichtlich des Zutritts zu allen Gerichten sowie zu allen Amtsstellen zum Schutze ihrer Rechte und Interessen Inländerbehandlung gewährt.

2. Soweit es sich um die Bewilligung des Armenrechts und die Befreiung vom Erfordernis der Sicherheitsleistung

ταλήψεις και αναλόγους επιβαρύνσεις. Έχουσι δικαίωμα πρὸς πάσας τὰς ἐγγυήσεις και προσφυγὰς αὐτινες προβλέπονται διὰ τοὺς ἐντοπίους ὡς ἐπίσης και εἰς τὴν ἀποζημιώσιν τὴν προβλεπομένην ὑπὸ τοῦ Νόμου.

(4) Οἱ ὑπῆκοι τοῦ ἐνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν θὰ ἔχωσι δικαίωμα ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους εἰς πάσας τὰς βοήθειαις τὰς παρεχομένας εἰς τοὺς ἐντοπίους και προερχομένας ἐκ τῶν δημοσίων κεφαλαίων, ἐν περιπτώσει καταστροφῶν προερχομένων ἐκ τῆς φύσεως ἢ ἀναλόγων καταστροφῶν.

(5) Ὅσον ἀφορᾷ τὴν ἐξαγωγήν τῶν παροχῶν συμφώνως πρὸς τὰς παραγράφους 3 και 4 ἐν συμβαλλόμενον Κράτος δὲν θὰ μεταχειρισθῆ τοὺς ὑπῆκοους τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους ὀλιγώτερον εὐνοϊκῶς τῶν ὑπῆκων τρίτου Κράτους.

(6) Αἱ διατάξεις αἱ προβλεπόμεναι εἰς τὰς παραγράφους 2 ἔως 5 ἐφαρμόζονται κατ' ἀναλογίαν εἰς τὰς Ἐταιρείαις.

(7) Τὰ ὑπὸ τὴν σημαίαν ἐνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν πλοῖα και ἀεροσκάφη δὲν δύναται νὰ ἐπιταχθῶσιν ἐκ μέρους τοῦ ἐτέρου Κράτους.

Ἄρθρον βον

(1) Ἡ ἰδιοκτησία τῶν ὑπῆκων και Ἐταιρειῶν τοῦ ἐνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἀπολαύει ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους προστασίας οὐχὶ μικροτέρας ἐκεῖνης ἧτις παρέχεται εἰς τὴν ἰδιοκτησίαν τῶν ἰδίων αὐτοῦ ὑπῆκων ὑπὸ τῶν νόμων τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους. Τοῦτο ἰσχύει ὁμοίως διὰ τὰ μέτρα τὰ λαμβανόμενα ὑπὸ τῶν ἀρχῶν, ἐρεύνας, ἐπαληθεύσεις και πάσας τὰς λοιπὰς ἐπεμβάσεις, αὐτινες ἐπὶ πλέον δέον νὰ πραγματοποιοῦνται κατὰ τρόπον δυσχεραίνοντα κατὰ τὸ δυνατόν ὀλιγώτερον τοὺς ἐνδιαφερομένους.

(2) Τὰ δύο συμβαλλόμενα Κράτη ἀναλαμβάνουσι τὴν ὑποχρέωσιν εἰς περιπτώσεις ὑπῆκων και Ἐταιρειῶν τοῦ ἐτέρου τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν, ὅπως μὴ ἐκδίδουν ἐιδικὰς διατάξεις, και μὴ λαμβάνουσι μέτρα διακρίσεως εἰς ὅ,τι ἀφορᾷ τὴν συμμετοχὴν των εἰς ἄλλας ἤδη ὑφισταμένας οικονομικὰς ἐπιχειρήσεις ὑπὸ τῶν ἐπενδύσεων ἢ πάσης ἄλλης εἰσφορᾶς ἀποδεκτῆς ὑπὸ τοῦ νόμου.

(3) Αἱ περιουσίαι τῶν ὑπῆκων και τῶν Ἐταιρειῶν τοῦ ἐνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν δὲν δύναται νὰ ἀπαλλοτριουῦνται ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους εἰ μὴ μόνον διὰ λόγους δημοσίας ὠφελείας και ἐναντι ἀποζημιώσεως. Ἡ ἀποζημιώσις δέον ν' ἀνταποκρίνεται εἰς τὴν ἀξίαν τῶν ἀπαλλοτριουμένων ἀγαθῶν, νὰ εἶναι ὄντως χρησιμοποίησιμος, και νὰ καταβάλλεται ἀνευ ἀσκόπου ἀργοπορίας. Τὸ ἀργότερον μέρη τῆς ἡμερομηνίας τῆς ἀπαλλοτριώσεως, τὰ μέτρα καθαρισμού και καταβολῆς τῆς ἀποζημιώσεως θὰ πρέπει νὰ ἔχουν δρόντως ληφθῆ. Τὸ νόμιμον τῆς ἀπαλλοτριώσεως και τὸ ποσὸν τῆς ἀποζημιώσεως δέον νὰ δύναται νὰ ἐπαληθεύηται κατὰ τακτικὴν νόμιμον διαδικασίαν.

(4) Ἡ ἀποζημιώσις τῆς ἀπαλλοτριώσεως ἐξάγεται ἐλευθέρως καθ' ὃ μέρος ἀντιστοιγεῖ εἰς τὴν ἀξίαν τοῦ εἰσχυθέντος κεφαλαίου και εἰς ἐκεῖνα τὰ κέρδη ἄτινα κατὰ τὰς διατάξεις τῆς ἐσωτερικῆς νομοθεσίας ἠδύνατο νὰ ἐξαχθοῦν μέχρι τοῦ χρονικοῦ σημείου τῆς καταβολῆς τῆς ἀποζημιώσεως τῆς ἀπαλλοτριώσεως ἀλλὰ δὲν ἐξήχθησαν.

(5) Τὰ ὑπὸ τὴν σημαίαν ἐνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν πλοῖα και ἀεροσκάφη δὲν δύναται νὰ ἀπαλλοτριωθοῦν ὑπὸ τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους.

Ἄρθρον βον

(1) Ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἐνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν, ἢ ἐθνικῆ μεταχείρισις θὰ παρέχεται εἰς τοὺς ὑπῆκοους και Ἐταιρείαις τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους εἰς ὅ,τι ἀφορᾷ προσφυγὴν εἰς ἅπαντα τὰ δικαστήρια, ὡς ἐπίσης και εἰς ἀπάσας τὰς κρατικὰς ὑπηρεσίας, πρὸς προστασίαν τῶν δικαιωμάτων και συμφερόντων των.

(2) Ὡς πρὸς τὴν παραχώρησιν τοῦ εὐεργετήματος τῆς πενίας και τὴν ἀπαλλαγὴν ἀπὸ τῆς ἐγγυοδοσίας διὰ τὰ δικαστικὰ

für die Prozeßkosten handelt, gilt das deutsch-griechische Abkommen über die gegenseitige Rechtshilfe in Angelegenheiten des bürgerlichen und Handels-Rechts vom 11. Mai 1938.

Artikel 7

1. Den Staatsangehörigen jedes Vertragsstaates wird im Gebiet des anderen Vertragsstaates Inländerbehandlung hinsichtlich der Zulassung zu wirtschaftlichen oder beruflichen Tätigkeiten jeder Art und der Ausübung solcher Tätigkeiten gewährt. Entsprechendes gilt für Gesellschaften.

2. Die Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates sind berechtigt, nach dem für die Staatsangehörigen und Gesellschaften des anderen Vertragsstaates geltenden Recht in dessen Gebiet Gesellschaften zu errichten, sich an ihrer Errichtung zu beteiligen oder Beteiligungen an Gesellschaften des anderen Vertragsstaates zu erwerben. Die Staatsangehörigen sind berechtigt, nach dem für die Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates geltenden Recht in der Leitung und Verwaltung solcher Gesellschaften, insbesondere als Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder, tätig zu werden. Die Bestimmungen des Artikels 8 bleiben unberührt.

3. Jeder Vertragsstaat kann hinsichtlich der Errichtung von durch Ausländer kontrollierten Gesellschaften besondere Formalitäten vorschreiben. Diese Formalitäten dürfen aber den Wesensgehalt der in Absatz 2 aufgeführten Rechte nicht beeinträchtigen.

4. Unternehmen dürfen im Gebiet des einen Vertragsstaates nicht deshalb ungünstiger als andere Unternehmen behandelt werden, weil sie im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaates stehen.

5. Die Bestimmungen der Absätze 1, 2 und 4 gelten nicht für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst sowie für die im Protokoll unter Nr. 11 aufgeführten Berufe und Tätigkeiten, die Ausländern nicht oder nur beschränkt zugänglich sind. Zukünftige Beschränkungen, die für Ausländer in bezug auf diese Berufe und Tätigkeiten angeordnet werden, gelten nicht für Personen und Gesellschaften des anderen Vertragsstaates, die bei Inkrafttreten der Beschränkungen diese Berufe und Tätigkeiten befugt ausüben.

6. Die Bestimmungen der Absätze 1, 2 und 4 schließen nicht aus, an Gesellschaften hinsichtlich des Gesellschaftskapitals und des Rechnungswesens entsprechende Anforderungen zu stellen, wie sie an inländische Gesellschaften der gleichen Rechtsform gestellt werden.

Artikel 8

1. Abweichend von der Bestimmung des Artikels 7 Absatz 1 regelt sich die Aufnahme und Ausübung einer Tätigkeit als Arbeitnehmer durch Staatsangehörige des einen Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates, vorbehaltlich der nachfolgenden Bestimmungen, nach den Gesetzen und Verwaltungsvorschriften eines jeden Vertragsstaates über ausländische Arbeitnehmer.

2. Den Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates ordnungsmäßig aufhalten und dort mindestens fünf Jahre ununterbrochen als Arbeitnehmer beschäftigt sind oder einen ununterbrochenen ordnungsmäßigen Aufenthalt von mindestens acht Jahren nachweisen können, wird auf Antrag eine Bescheinigung ausgestellt, nach der sie auf unbefristete Dauer keiner gebietlichen und — vorbehaltlich der Bestimmung des Artikels 7 Absatz 5 — keiner beruflichen Beschränkung in der Ausübung einer selbständigen Beschäftigung unterliegen. Beide Vertragsstaaten werden bestrebt sein, die obengenannten Fristen weiter zu verkürzen.

ἔξοδα ἰσχύει ἡ Γερμανο-Ἑλληνική Σύμβασις ἐπὶ τῆς δικαστικῆς συνδρομῆς ἐπὶ πολιτικῶν καὶ ἐμπορικῶν θεμάτων τῆς 11 Μαΐου 1938.

Ἄρθρον 7ον

(1) Ἡ ἐθνικὴ μεταχειρίσις παρέχεται εἰς τοὺς ὑπάρχουσ ἑκάτερου τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους ὡς πρὸς τὴν εἰσοδογὴν εἰς παντοῦ εἶδους οἰκονομικὰς ἢ ἐπαγγελματικὰς δραστηριότητας καὶ τὴν ἐξάσκησιν τῶν ἐν λόγῳ δραστηριοτήτων. Τὰ αὐτὰ ἰσχύουν καὶ διὰ τὰς Ἑταιρείας.

(2) Οἱ ὑπήκοοι καὶ αἱ Ἑταιρεῖαι τοῦ ἐνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἔχουν τὸ δικαίωμα συμφώνως πρὸς τὴν διὰ τοὺς ὑπάρχουσ καὶ Ἑταιρεῖας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους ἰσχύουσαν νομοθεσίαν ὅπως ἰδρῶσιν Ἑταιρείας ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ Κράτους τούτου, ὅπως μετέχουν εἰς τὴν ἰδρῶσιν αὐτῶν ἢ νὰ κτῶνται μερίδια εἰς Ἑταιρείας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους. Οἱ ὑπήκοοι ἔχουν τὸ δικαίωμα συμφώνως πρὸς τὸ δίκαιον τὸ ἰσχύον διὰ τοὺς ὑπάρχουσ τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους νὰ ἐξασκῶν δραστηριότητα ἐν τῇ διευθύνσει καὶ τῇ διοικήσει τοιοῦτων Ἑταιρειῶν ἰδίως ὑπὸ τὴν ἰδιότητα μελῶν τῆς Ἐπιτροπῆς διευθύνσεως ἢ τοῦ Διοικητικοῦ Συμβουλίου. Δὲν θίγονται αἱ διατάξεις τοῦ ἄρθρου 8.

(3) Ἐκάτερον τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν δύναται νὰ θεσπίζῃ εἰδικὰς διατυπώσεις ὡς πρὸς τὴν ἰδρῶσιν Ἑταιρειῶν ἐλεγχομένων ὑπὸ ἀλλοδαπῶν. Αἱ διατυπώσεις ὅμως αὗται δὲν δύνανται νὰ θίγουν τὴν οὐσίαν τῶν εἰς τὴν παραγράφῳ 2 ἀναφερομένων δικαιωμάτων.

(4) Ἐπιχειρήσεις δὲν δύνανται νὰ τυγχάνουν ἐπὶ τοῦ ἐδάφους ἐνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν μεταχειρίσεως δυσμενεστέρας τῶν ἄλλων ἐπιχειρήσεων, ἐκ τοῦ γεγονότος ὅτι ἀποτελοῦν τὴν ἰδιοκτησίαν ἢ εὐρίσκονται ὑπὸ τὴν ἐπιτροπὴν ὑπάρχουσ ἢ Ἑταιρειῶν τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου.

(5) Αἱ διατάξεις τῶν παραγράφων 1, 2 καὶ 4 δὲν ἰσχύουν διὰ δραστηριότητα ἐν τῇ δημοσίᾳ ὑπερεσίᾳ ὡς καὶ διὰ τὰ ἐπαγγέλματα καὶ δραστηριότητας τὰς ἀναφερομένας εἰς τὸ Πρωτόκολλον, εἰς ἃς οἱ ἀλλοδαποὶ δὲν εἶναι δεκτοὶ ἢ εἶναι δεκτοὶ κατὰ τρόπον περιορισμένον. Μελλοντικοὶ περιορισμοὶ οἵτινες θεσπίζονται δι' ἀλλοδαποὺς ἐν σχέσει πρὸς τὰ ἐπαγγέλματα καὶ τὰς δραστηριότητας ταύτας δὲν ἰσχύουν διὰ πρόσωπα καὶ Ἑταιρείας τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους ἄτινα κατὰ τὴν θέσιν ἐν ἰσχύϊ τῶν περιορισμῶν ἀσκοῦν νομίμως τὰ ἐπαγγέλματα καὶ τὰς δραστηριότητας ταύτας.

(6) Αἱ διατάξεις τῶν παραγράφων 1, 2 καὶ 4 δὲν ἀποκλείουν ὅπως ὡς πρὸς τὸ ἐταιρικὸν κεφάλαιον καὶ τὸ λογιστικὸν σύστημα ἐπιβληθῶν εἰς τὰς Ἑταιρείας ἀνάλογοι ὅροι ἐκείνων οἵτινες ἐπιβάλλονται εἰς τὰς ἡμεδαπὰς Ἑταιρείας τοῦ αὐτοῦ νομικοῦ τύπου.

Ἄρθρον 8ον

(1) Κατὰ παρέκκλισιν τῶν διατάξεων τῆς παραγράφῳ 1 τοῦ ἄρθρου 7 ἡ ἀνάληψις καὶ ἀσκήσις δραστηριότητος μισθωτοῦ ὑπὸ τῶν ὑπάρχουσ τοῦ ἐνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους ρυθμίζονται ὑπὸ τὴν ἐπιφύλαξιν τῶν κάτωθι διατάξεων, συμφώνως πρὸς τοὺς νόμους καὶ διοικητικὰς διατάξεις ἐπὶ τῶν ξένων μισθωτῶν ἐν ἰσχύϊ ἐν ἐκάστῳ τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν.

(2) Θὰ χορηγῆται κατόπιν αἰτήσεως εἰς τοὺς ὑπάρχουσ τοῦ ἐνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν οἵτινες διαμένουν κανονικῶς ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους καὶ ἀπασχολοῦνται εἰς αὐτὸ 5 ἔτη τουλάχιστον ἄνευ διακοπῆς ἢ οἱ ὁποῖοι δύνανται νὰ ἀποδείξουν ὅτι διαμένουν κανονικῶς ἄνευ διακοπῆς ἀπὸ 8ετίας τουλάχιστον, πιστοποιητικῶν βεβαιῶν ὅτι, διὰ διάρκειαν οὐχὶ περιορισμένην, δὲν ὑπόκεινται εἰς οὐδένα ἐδαφικὸν περιορισμὸν καὶ ὑπὸ τὴν ἐπιφύλαξιν τῆς διατάξεως τῆς παραγράφῳ 5 τοῦ ἄρθρου 7 εἰς οὐδένα ἐπαγγελματικὸν περιορισμὸν ἐν τῇ ἐνασκήσει ἐνὸς ἐπαγγέλματος μὴ ἀνεξαρτήτου. Τὰ δύο συμβαλλόμενα Κράτη θὰ προσπαθήσουν νὰ μειώσουν ἐτι περισσότερον τὰ ὡς ἄνω χρονικὰ διαστήματα.

3. Die Bescheinigung kann auf Antrag auch vor Ablauf der in Absatz 2 genannten Fristen erteilt werden, wenn die Anwendung der Gesetze und Verwaltungsvorschriften des Aufenthaltslandes über ausländische Arbeitnehmer und die Anwendung der Bestimmung des Absatzes 2 eine besondere Härte für den Arbeitnehmer bedeuten.

4. Leitenden Angestellten eines Unternehmens, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates ordnungsmäßig aufhalten, ist auf Antrag die Erlaubnis zur Ausübung einer Tätigkeit als leitender Angestellter ohne gebietliche, zeitliche und berufliche Beschränkung zu erteilen, vorbehaltlich der Bestimmung des Artikels 7 Absatz 5. Als leitende Angestellte eines Unternehmens gelten im Sinne dieses Vertrages:

- a) die zur gesetzlichen Vertretung des Unternehmens Berufenen,
- b) Personen, denen Generalvollmacht oder Prokura erteilt ist,
- c) Angestellte, die für den gesamten Bereich der Geschäfte einer unselbständigen Niederlassung Handelsvollmacht haben.

5. Benötigen Gesellschaften des einen Vertragsstaates, die von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaates errichtet oder an denen Staatsangehörige oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaates beteiligt sind, für die Errichtung und den Betrieb ihres Unternehmens Staatsangehörige des anderen Vertragsstaates wegen ihrer besonderen Fachkenntnisse, so wird diesen die zur Ausübung dieser Tätigkeit erforderliche Erlaubnis erteilt. Das gleiche gilt für den Fall der Beschäftigung bei Zweigniederlassungen, die von Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates unterhalten werden, wenn die Zweigniederlassungen im Handelsregister eingetragen sind oder für die Zweigniederlassungen die entsprechenden gesetzlichen Anmeldeformalitäten erfüllt sind.

6. Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates, die von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des gleichen Vertragsstaates zeitweilig bis zur Höchstdauer von sechs Monaten im Jahr im Gebiet des anderen Vertragsstaates zur Montage und Reparatur von gelieferten Anlagen und Maschinen beschäftigt werden, ist die zur Ausübung dieser Tätigkeit etwa erforderliche Erlaubnis zu erteilen.

7. Bei Arbeitnehmern, die im Besitz einer Bescheinigung nach Absatz 2 sind, verkürzt sich für ihre Ehegatten und minderjährige Kinder die zur Erlangung einer gleichartigen Bescheinigung erforderliche Aufenthaltsdauer von mindestens acht Jahren auf mindestens fünf Jahre, sofern die Bescheinigung nicht auf Grund der Bestimmung des Absatzes 3 vor Ablauf dieser Frist erteilt werden kann. Beide Vertragsstaaten sichern zu, Anträge der in diesem Absatz genannten Familienangehörigen, die sich auf die Anwendung der Bestimmung des Absatzes 3 beziehen, besonders wohlwollend zu prüfen.

8. Der Aufenthalt im Sinne der vorstehenden Bestimmungen gilt als nicht unterbrochen, wenn die in den Absätzen 2 und 7 genannten Personen das Aufenthaltsland nur aus einem seiner Natur nach vorübergehenden Grunde verlassen.

9. Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates, die im Gebiet des anderen Vertragsstaates als Lehrpersonen an Hochschulen ordnungsmäßig berufen werden oder als wissenschaftliche Mitarbeiter und Assistenten an öffentlichen wissenschaftlichen Instituten oder als Lehrpersonen an öffentlichen Lehranstalten beschäftigt werden, wird, sofern sie zur Ausübung dieser Tätigkeit einer Erlaubnis bedürfen, diese erteilt.

(3) Τῇ αἰτήσῃ, τὸ πιστοποιητικὸν δύναται ὁμοίως νὰ χορηγηθῆται πρὸ τῆς ἐκπνοῆς τῶν προθεσμιῶν τῶν ἀναφερομένων εἰς τὴν παράγραφον 2 ἐὰν ἡ ἐφαρμογὴ τῶν νόμων καὶ διοικητικῶν διατάξεων ἐπὶ τῶν ξένων μισθωτῶν ἐν ἰσχύϊ εἰς τὴν χώραν διαμονῆς, ὡς καὶ ἡ ἐφαρμογὴ τῶν προβλεπομένων διατάξεων εἰς τὴν παράγρ. 2 τοποθετοῦν τὸν μισθωτὸν εἰς θέσιν ἰδιαιτέρως αὐστηράν.

(4) Τῇ αἰτήσῃ, θὰ χορηγηθῆται εἰς τὸ διευθύνον προσωπικὸν μὴ ἄς ἐπιχειρήσεως, τὸ ὁποῖον παραμένει κανονικῶς ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους, ἄδεια ἀσκήσεως δραστηριότητος διευθύνοντος ὑπαλλήλου ἄνευ περιορισμοῦ ἐδαφικοῦ, ἐπαγγελματικοῦ ἢ χρονικοῦ, ὑπὸ τὴν ἐπιφύλαξιν τῆς διατάξεως τῆς προβλεπομένης εἰς τὴν παρ. 5 τοῦ ἀρθροῦ 7. Λογίζονται ὡς διευθύνον προσωπικὸν ἐπιχειρήσεως ὑπὸ τὸ πνεῦμα τῆς παρούσης συμφωνίας:

- (α) Τὰ πρόσωπα τὰ καλούμενα νὰ ἀντιπροσωπεύουν νομικῶς τὴν ἐπιχείρησιν.
- (β) Τὰ πρόσωπα τὰ ἔχοντα πλήρη δικαιώματα ἢ πληροξούσιοι.
- (γ) Οἱ ὑπάλληλοι οἱ ἐξουσιοδοτούμενοι νὰ ἐνεργήσουν διὰ τὴν ὁλότητα τῶν υποθέσεων ἐνὸς παραρτήματος μὴ ἀνεξαρτήτου.

(5) Ἐὰν Ἐταιρεῖαι τοῦ ἐνὸς συμβαλλομένου Κράτους αἱ ὁποῖαι ἰδρύθησαν ὑπὸ ὑπηκόων ἢ Ἐταιρειῶν τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους ἢ εἰς τὰς ὁποίας μετέχουν ὑπήκοοι ἢ Ἐταιρεῖαι τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους ἔχουν ἀνάγκη διὰ τὴν ἰδρύσιν καὶ ἐκμετάλλευσιν τῆς ἐπιχειρήσεως τῶν ὑπηκόων τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους λόγῳ τῶν εἰδικῶν αὐτῶν τεχνικῶν γνώσεων ἢ ἀπαιτουμένη ἄδεια πρὸς ἀσκήσιν τῆς δραστηριότητος ταύτης θὰ χορηγηθῆται εἰς αὐτοὺς. Τὸ αὐτὸ ἰσχύει εἰς τὴν περίπτωσιν τῆς ἠρησιμοποίησεως εἰς ὑποκαταστήματα ὑπηκόων καὶ ἐταιρειῶν ἐνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους, ἐὰν τὰ ὑποκαταστήματα ταῦτα εἶναι ἐγγεγραμμένα εἰς τὸ ἐμπορικὸν μητρώον ἢ ἐξεπληρώθησαν αἱ σχετικαὶ πρὸς τὰ ὑποκαταστήματα νόμιμοι διατυπώσεις δημοσιότητος.

(6) Ἡ ἐνδεχομένη ἀναγκαῖα ἄδεια διὰ τὴν ἀσκήσιν τῆς δραστηριότητος τῶν θὰ χορηγηθῆται εἰς τοὺς ὑπηκόους τοῦ ἐνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν τοὺς ἀπασχολουμένους ὑπὸ ὑπηκόων ἢ ἐταιρειῶν τοῦ ἰδίου συμβαλλομένου Κράτους, προσωρινῶς καὶ διὰ διάρκειαν τὸ πολὺ 6 μηνῶν κατ' ἔτος, εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους, εἰς ἐργασίας συναρμολογήσεως καὶ ἐπισκευῆς ἐγκαταστάσεων καὶ προμηθευθέντων μηχανημάτων.

(7) Διὰ τὰς συζύγους καὶ τὰ ἀνήλικα τέκνα μισθωτῶν κατεχόντων πιστοποιητικὸν συμφώνως πρὸς τὴν παρ. 2, ἡ ἀπαραιτήτως διάρκεια παραμονῆς διὰ τὴν παροχὴν πιστοποιητικοῦ ἀναλόγου θὰ μειοῦται ἀπὸ 8 ἐτῶν τὸ ὀλιγώτερον εἰς 5 ἐτῆ τουλάχιστον, ἐκτὸς ἐὰν τὸ πιστοποιητικὸν δύναται νὰ χορηγηθῆται πρὸ τῆς ἐκπνοῆς τῆς προθεσμίας ταύτης, δύναμι τῶν διατάξεων τῶν προβλεπομένων εἰς τὴν παρ. 3. Τὰ δύο συμβαλλόμενα Κράτῃ ὑποχρεοῦνται νὰ ἐξετάσουν μετὰ ἰδιαιτέρας εὐμενείας τὰς κατατιθεμένας αἰτήσεις ὑπὸ τῶν μελῶν τῆς οἰκογενείας τῶν προβλεπομένων εἰς τὴν παρούσαν παράγραφον καὶ τὰ ὁποῖα ἐπικαλοῦντα τὴν ἐφαρμογὴν τῶν προβλεπομένων διατάξεων εἰς τὴν παράγραφον 3.

(8) Ἡ διαμονὴ ὑπὸ τὴν ἐνοίαν τῶν προηγουμένων διατάξεων λογίζεται ὡς μὴ διακοπεῖσα ἐὰν τὰ πρόσωπα τὰ ἀναφερόμενα εἰς τὰς παραγράφους 2 καὶ 7 ἐγκατέλειψαν τὴν χώραν διαμονῆς διὰ λόγον ὡς ἐκ τῆς φύσεώς του προσωρινόν.

(9) Εἰς τοὺς ὑπηκόους τοῦ ἐνὸς συμβαλλομένου Κράτους, οἵτινες καλοῦνται κανονικῶς εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους ὡς διδασκτικὸν προσωπικὸν Ἀνωτάτων Σχολῶν ἢ οἵτινες θὰ ἀπασχοληθοῦν ὡς ἐπιστημονικοὶ συνεργάται καὶ βοηθοὶ εἰς ἐπιστημονικὰ Ἰδρύματα Δημοσίου Δικαίου ἢ ὡς διδασκτικὸν προσωπικὸν εἰς Δεμόσια Διδαστήρια, ἐφ' ὅσον διὰ τὴν ἀσκήσιν τῆς δραστηριότητος ταύτης ἔχουσιν ἀνάγκην ἀδείας, αὕτη θὰ χορηγηθῆται.

Artikel 9

1. Die Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates, die sich in seinem Gebiet wirtschaftlich betätigen, sowie ihre Reisenden sind berechtigt, im Gebiet des anderen Vertragsstaates Einkäufe für ihren Handel, ihr Gewerbe oder ihre sonstige Tätigkeit vorzunehmen und dort bei Staatsangehörigen und Gesellschaften im Rahmen deren Geschäftsbetriebes Bestellungen auf Waren aufzusuchen. Sie dürfen Muster oder Warenproben, aber keine Waren mit sich führen.

2. Die Ausübung der in Absatz 1 geregelten Rechte kann davon abhängig gemacht werden, daß sich die Gewerbetreibenden durch einen Ausweis der Behörden ihres Heimatlandes nach dem Muster des am 3. November 1923 in Genf unterzeichneten Internationalen Abkommens zur Vereinfachung der Zollförmlichkeiten ausweisen. Für diese Legitimationskarte ist ein konsularischer oder sonstiger Sichtvermerk nicht erforderlich.

3. Unberührt bleiben jedoch die etwa weitergehenden Vorteile, die sich aus der Meistbegünstigung ergeben, welche die beiden Vertragsstaaten hinsichtlich der in den Absätzen 1 und 2 geregelten Angelegenheiten hiermit vereinbaren.

Artikel 10

Die Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates dürfen im Gebiet des anderen Vertragsstaates wie die Staatsangehörigen und Gesellschaften dieses Vertragsstaates die Dienste von selbständig und unselbständig Tätigen in Anspruch nehmen. Sie dürfen die Dienste von betriebswirtschaftlichen und technischen Sachverständigen des eigenen Landes ohne Rücksicht darauf in Anspruch nehmen, ob diese den Anforderungen genügen, die im Gebiet des anderen Vertragsstaates für die Ausübung einer solchen Betätigung vorgeschrieben sind.

Artikel 11

1. Den Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates wird im Gebiet des anderen Vertragsstaates Inländerbehandlung gewährt für den Abschluß von Rechtsgeschäften aller Art mit allen natürlichen Personen und Gesellschaften, die im Gebiet des anderen Vertragsstaates ihren Wohnsitz, Sitz oder Aufenthalt haben.

2. Dies gilt insbesondere für das Recht, Verträge zu schließen, Verbindlichkeiten einzugehen, Vermögen sowie Rechte und Interessen aller Art innewerben, unter Lebenden oder von Todes wegen zu erwerben, zu veräußern oder sonstwie darüber zu verfügen.

Artikel 12

Die Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates dürfen im Gebiet des anderen Vertragsstaates für ihre Person, Güter, Rechte und Interessen keinen anderen oder höheren Steuern, Gebühren, Abgaben aller Art oder sonstigen fiskalischen Lasten unterworfen werden, als sie durch den Staat, die regionalen und örtlichen Behörden oder für deren Rechnung von den in gleicher Lage befindlichen eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörigen und Gesellschaften irgendeines dritten Landes erhoben werden.

Artikel 13

Kein Unternehmen eines Vertragsstaates, das sich in öffentlichem Eigentum befindet oder unter öffentlicher Kontrolle steht, genießt, wenn es sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates im Handel, in der Industrie, im Transportwesen oder in einem anderen Wirtschaftszweig

Άρθρον 9ον

(1) Οι υπήκοοι και εταιρείαι ενός των συμβαλλομένων Κρατών οι ασκούντες οικονομική δραστηριότητα επί του εδάφους του Κράτους τούτου, ως και οι ταξιδιώται αυτών έχουν το δικαίωμα να πραγματοποιούν εις το έδαφος του άλλου συμβαλλομένου Κράτους άγοράς προοριζόμενας διά τὸ εμπόριόν των, τήν βιομηχανίαν των ή άλλην αὐτῶν δραστηριότητα και να επιδιώκουν πησίον υπηκόων και εταιρειῶν παραγγελίας εμπορευμάτων εντός του πλαισίου τῆς εμπορικῆς ἐπιχειρήσεως τῶν τελευταίων τούτων. Οά δύνανται να μεταφέρουν πρότυπα και δείγματα, ἀλλ' ὄχι εμπορεύματα.

(2) Ἡ ἄσκησις τῶν δικαιωμάτων τῶν διακανονιζομένων εις τήν παράγραφον 1 δύναται να ἔξαρτηθῆ ἀπό τὸν ὅρον ὅπως οἱ εμπορονομιοποιῶνται διά τῆς ἐπιδείξεως ἑνὸς εἶδους ταυτότητος τῶν ἀρχῶν τῆς χώρας προελεύσεως των συμφώνως πρὸς τὸ πρότυπον τὸ προβλεπόμενον ὑπὸ τῆς διεθνούς Συμφωνίας περὶ τῆς ἀπλοποιήσεως τῶν Τελωνειακῶν διατυπώσεων τῆς ὑπογραφείσεως ἐν Γενεύῃ τῆν 3 Νοεμβρίου 1923. Διὰ τήν κάρταν αὐτὴν νομιμοποιήσεως δὲν εἶναι ἀναγκαῖα θεώρησις ὑπὸ Προξένου ή ἄλλου τινός.

(3) Δὲν θίγονται ἐν τούτοις τὰ ἐνδεχομένως εὐρύτερα πλεονεκτήματα τὰ προκύπτοντα ἐκ τῆς μεταχειρίσεως τοῦ μᾶλλον εὐνοουμένου κράτους τήν ὅποιαν τὰ δύο συμβαλλόμενα Κράτη συμφωνοῦν διά τῆς παρούσης ὡς πρὸς τὰ ζητήματα τὰ κανονιζόμενα εις τὰς παραγράφους 1 και 2.

Άρθρον 10ον

Οἱ υπήκοοι και αἱ Ἐταιρείαι ἑνὸς των συμβαλλομένων Κρατῶν ἔχουν τήν ἄδειαν να προσφεύγουν, ἐπὶ τοῦ εδάφους τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους ὡς και οἱ υπήκοοι και εταιρείαι τοῦ ἐν λόγω συμβαλλομένου Κράτους, εις τὰς ὑπηρεσίας τῶν ἀνεξαρτήτων και μὴ ἀνεξαρτήτων ἐργατῶν. Ἐχουν τήν ἄδειαν να προσφεύγουν εις τὰς ὑπηρεσίας οικονομικῶν και τεχνικῶν πραγματογυωμένων τῆς ἰδίας αὐτῶν χώρας χωρὶς να ἔξετάζεται ἐάν οὔτοι ἱκανοποιοῦν ή ὄχι τοὺς ἐπὶ τοῦ εδάφους τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους, τεθειμένους ὅρους διά τήν ἄσκησιν τοιαύτης δραστηριότητος.

Άρθρον 11ον

(1) Ἡ ἐθνικὴ μεταχειρίσις παρέχεται εις τοὺς ὑπηκόους και εταιρείας ἑνὸς των συμβαλλομένων Κρατῶν ἐπὶ τοῦ εδάφους τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους διά τήν σύναψιν δικαιοπρασιῶν παντός εἶδους μεθ' ὅλων τῶν φυσικῶν προσώπων και εταιρειῶν τῶν ἐγόντων τήν κατοικίαν των, ή διαμονήν των ή τήν ἔδραν των εις τὸ ἔδαφος τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους.

(2) Τοῦτο ἰσχύει ἰδίως ὡς πρὸς τὸ δικαίωμα να συνάπτουν συμβάσεις να ἀναλαμβάνουν ὑποχρεώσεις, να κτῶνται μεταξὺ ζῶντων ή λόγω θανάτου περιουσίας και δικαιώματα και συμφέροντα πάσης φύσεως, να ἀπαλλοτριοῦν ή διαθέτουν ταῦτα κατ' ἄλλον τρόπον.

Άρθρον 12ον

Οἱ υπήκοοι και εταιρείαι ἑνὸς των συμβαλλομένων Κρατῶν δέον να μὴ ὑπόκεινται, ἐπὶ τοῦ εδάφους τοῦ ἑτέρου συμβαλλομένου Κράτους, διά τὸ ἄτομόν των, τὰς περιουσίας των τὰ δικαιώματα και συμφέροντά των, εις φόρους τέλη και εἰσφορὰς παντός εἶδους ή εις ἄλλας οικονομικὰς ἐπιβαρύνσεις ἄλλας ή ἀνωτέρας τῶν εἰσπραττομένων ὑπὸ τοῦ Κράτους ή τῶν περιφερειακῶν ή τοπικῶν Ἀρχῶν ή διά λογαριασμοῦ των ἐκ μέρους τῶν ἰδίων αὐτῶν ὑπηκόων και εταιρειῶν τῶν εὐρισκομένων εις τήν ἰδίαν θέσιν ή τῶν ὑπηκόων και εταιρειῶν οἰουδήποτε ἄλλου τρίτου Κράτους.

Άρθρον 13ον

Οὐδεμία ἐπιχειρήσις ἑνὸς των συμβαλλομένων Κρατῶν, ήτις εἶναι δημοσία ἰδιοκτησία ή τελεῖ ὑπὸ δημοσίῳν ἐλεγχῶν, ἀπαλλασσεται, ἐάν ἀσκή τήν δραστηριότητά της ἐπὶ τοῦ εδάφους τοῦ ἑτέρου Κράτους ἐν τῷ ἐμπορίῳ, τῇ βιομηχανίᾳ, τὰς μεταφορὰς ή εις ἕτερον κλάδον τῆς οικονομίας, δι' αὐτὴν τήν ἰδίαν ή διὰ τήν

betätigt, für sich oder sein Vermögen im Gebiet des anderen Vertragsstaates Befreiung von der gerichtlichen Verfolgung von Ansprüchen, der Vollstreckung oder anderweitigen Pflichten, denen private Unternehmen im Gebiet des anderen Vertragsstaates unterliegen, noch darf es eine solche Befreiung beanspruchen.

Artikel 14

1. Der Ausdruck „Gesellschaften“ in diesem Vertrag umfaßt alle juristischen Personen, Handelsgesellschaften sowie alle anderen Gesellschaften und Vereinigungen, auch wenn sie keine Rechtspersönlichkeit haben, die im Gebiet des einen Vertragsstaates ihren Sitz haben und nach dessen Gesetzen zu Recht bestehen, unabhängig davon, ob die Haftung ihrer Gesellschafter oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

2. Der rechtliche Status der Gesellschaften des einen Vertragsstaates wird im Gebiet des anderen Vertragsstaates anerkannt.

Artikel 15

Beide Vertragsstaaten werden diskriminierende Maßnahmen jeder Art unterlassen, die zu einer Benachteiligung der Seeschifffahrt des anderen Vertragsstaates führen und die Flaggenwahl entgegen den Grundsätzen des freien Wettbewerbs beeinträchtigen können; dies gilt auch für die Beförderung von Waren, die von oder nach dem einen oder anderen der beiden Vertragsstaaten aus- oder eingeführt werden, sowie für die Beförderung von Fahrgästen.

Artikel 16

1. Schiffe unter der Flagge des einen Vertragsstaates, die die Papiere mit sich führen, die nach seinem Recht zum Nachweis der Nationalität vorgeschrieben sind, gelten als Schiffe dieses Vertragsstaates.

2. Die von den zuständigen Behörden ausgestellten Schiffsmeßbriefe werden gegenseitig anerkannt. Die Schiffsfahrtsgebühren und -abgaben werden auf Grund dieser Meßbriefe ohne eine neue Vermessung nach den Bestimmungen des anderen Vertragsstaates und unter den gleichen Voraussetzungen berechnet, wie sie für die eigenen Schiffe gelten. Das Abkommen über die gegenseitige Anerkennung der Schiffsmeßbriefe vom 13. Februar 1897 tritt außer Kraft.

3. Außer im Falle des Eigentumswechsels auf Grund einer gerichtlichen Zwangsvollstreckungsmaßnahme können die Schiffe des einen Vertragsstaates nicht im Schiffsregister des anderen Vertragsstaates eingetragen werden, ohne daß eine Erklärung über die Löschung durch die Behörde des Staates vorliegt, dessen Flagge sie bis dahin geführt haben.

Artikel 17

1. Jeder Vertragsstaat gewährt den Schiffen des anderen Vertragsstaates die gleiche Behandlung wie seinen eigenen Schiffen oder den Schiffen des meistbegünstigten Staates in den seiner Staatshoheit oder Herrschaft unterstellten Häfen; dies bezieht sich auf den freien Zugang zum Hafen, seine Benutzung und die uneingeschränkte Inanspruchnahme der für die Schifffahrt und die Handelsverrichtungen bestehenden Einrichtungen, die jeder Vertragsstaat den Schiffen, ihren Waren und Fahrgästen zur Verfügung stellt. Diese Gleichbehandlung erstreckt sich auf Dienstleistungen und Erleichterungen jeder Art wie Zuteilung von Kaiplätzen, Lade- und Löscheinrichtungen, Reparaturen sowie auf jede Art von Abgaben und Gebühren, die im Namen und für Rechnung des Staates, der öffentlichen Behörden, der Konzessionsinhaber oder von Anstalten jeder Art erhoben werden.

περιουσίαν της εις τὸ ἔδαφος τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους, τῆς δικαστικῆς ἐπιδιώξεως ἀπαιτήσεων, τῆς ἐκτελέσεως ἢ ἄλλων ὑποχρεώσεων εἰς ἃς ὑπόκεινται αἱ ἰδιωτικαὶ ἐπιχειρήσεις ἐπὶ τοῦ ἔδαφους τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους, οὐδὲ ἔχει τὸ δικαίωμα νὰ ἀξιῶσθαι τοιαύτην ἀπαλλαγὴν.

Ἄρθρον 14ον

(1) Ἡ ἔκφρασις «Ἐταιρεία» ὑπὸ τὴν ἔννοιαν τῆς παρούσης Συμφωνίας περιλαμβάνει ἅπαντα τὰ νομικὰ πρόσωπα, ἐμπορικῆς Ἐταιρείας καὶ ἀπάσας τὰς ἄλλας ἑταιρείας καὶ ἐνώσεις — ἕστω καὶ ἄνευ νομικῆς προσωπικότητος — αἵτινες ἔχουσι τὴν ἔδραν τῶν εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ἐνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν καὶ ὑφίστανται νομικῶς συμφῶνως πρὸς τὴν νομοθεσίαν τοῦ Κράτους τούτου, εἴτε ἡ εὐθύνη τῶν συνεταίρων ἢ μελῶν εἶναι περιορισμένη ἢ ἀπεριόριστος εἴτε ἡ δραστηριότης αὐτῶν ἔχει ἢ μὴ ἐπικερδῆ σκοπὸν.

(2) Τὸ νομικὸν καθεστῶς τῶν ἑταιρειῶν τοῦ ἐνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἀναγνωρίζεται εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους.

Ἄρθρον 15ον

Τὰ δύο συμβαλλόμενα Κράτη θ' ἀποφύγουν ὅπως λάβουν μέτρα διακρίσεως οἰασδήποτε φύσεως ἱκανὰ νὰ παραβιάσουν τὴν ναυσιπλοΐαν τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους καὶ νὰ παρεμποδίσουν τὴν ἐκλογὴν τῆς σημαίας κατὰ παράβασιν τῶν ἀρχῶν τοῦ ἐλευθέρου συναγωνισμοῦ. Τὸ αὐτὸ ἰσχύει ἐπίσης ὡς πρὸς τὴν μεταφορὰν ἐμπορευμάτων ἅτινα ἐξάγονται ἐκ τοῦ ἐνὸς ἢ τοῦ ἐτέρου τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἢ εἰσάγονται εἰς τὸ ἓν ἢ τὸ ἕτερον ἐξ αὐτῶν ὡς καὶ ὡς πρὸς τὴν μεταφορὰν ἐπιβατῶν.

Ἄρθρον 16ον

(1) Πλοῖα ὑπὸ τὴν σημαίαν τοῦ ἐνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἅτινα φέρουσι μεθ' ἑαυτῶν τὰ ὑπὸ τῆς νομοθεσίας αὐτῶν προβλεπόμενα ἔγγραφα πρὸς ἀπόδειξιν τῆς ἐθνικότητος τῶν θεωροῦνται ὡς πλοῖα τοῦ συμβαλλομένου Κράτους τούτου.

(2) Τὰ πιστοποιητικὰ καταμετρήσεως τὰ ἐκδιδόμενα ὑπὸ τῶν ἀρμοδίων ἀρχῶν θὰ ἀναγνωρίζονται ἀμοιβαίως. Τὰ ναυτιλιακὰ δικαίωματα καὶ τέλη θὰ ὑπολογίζονται ἐπὶ τῇ βάσει τῶν πιστοποιητικῶν καταμετρήσεως τούτων ἄνευ νέας καταμετρήσεως κατὰ τὰς διατάξεις τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους καὶ ὑπὸ τὰς αὐτὰς προϋποθέσεις ὡς αὐτὰ ἰσχύουν καὶ διὰ τὰ ἴδια αὐτοῦ πλοῖα. Ἡ σύμβασις περὶ ἀμοιβαίας ἀναγνωρίσεως τῶν πιστοποιητικῶν καταμετρήσεως πλοίων τῆς 8/20-2-1897 παύει νὰ ἰσχύῃ.

(3) Ἐκτὸς τῆς περιπτώσεως μεταβολῆς εἰς τὴν ἰδιοκτησίαν βάσει δικαστικοῦ μέτρου ἀναγκαστικῆς ἐκτελέσεως τὰ πλοῖα τοῦ ἐνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν δὲν δύνανται νὰ ἐγγραφῶσι εἰς τὸ βιβλίον τῶν πλοίων τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους ἄνευ τῆς προσχωγῆς δηλώσεως διαγραφῆς τῆς ἀρχῆς τοῦ Κράτους οὗτινος ἔφερον μέχρι τοῦδε τὴν σημαίαν.

Ἄρθρον 17ον

(1) Ἐκάστον τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν παρέχει εἰς τὰ πλοῖα τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους τὴν αὐτὴν μεταχείρισιν ὡς καὶ εἰς τὰ ἴδια αὐτοῦ πλοῖα καὶ εἰς τὰ πλοῖα τοῦ μᾶλλον εὐνοουμένου Κράτους εἰς τοὺς λιμένας τοὺς ὑποκειμένους εἰς τὴν κυριαρχίαν ἢ ἐξουσίαν αὐτοῦ. Τοῦτο ἐφαρμόζεται εἰς τὴν ἐλευθέραν εἰσοδὸν εἰς τὸν λιμένα, εἰς τὴν χρησιμοποίησιν αὐτοῦ καὶ εἰς τὴν ἀπεριόριστον χρῆσιν τῶν ὑφισταμένων ἐγκαταστάσεων τῶν προοριζομένων διὰ τὴν ναυσιπλοΐαν καὶ τὰς ἐμπορικὰς ἐργασίας, αἵτινες τίθενται ὑφ' ἐκάστου τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν εἰς τὴν διάθεσιν τῶν πλοίων, τῶν ἐμπορευμάτων αὐτῶν καὶ τῶν ἐπιβατῶν δεικνυόμενης παντὸς εἶδους ὡς καὶ τὴν παραχώρησιν θέσεως εἰς τὴν προκυμαίαν, εἰς τὰς ἐγκαταστάσεις φορτώσεως καὶ ἐκφορτώσεως, ἐπισκευᾶς ὡς ἐπίσης καὶ εἰς πᾶν εἶδος φόρων καὶ δικαιωμάτων εἰσπραττομένων ἐξ ὀνόματος ἢ διὰ λογαριασμόν τοῦ Κράτους, τῶν δημοσίων ἀρχῶν, τῶν ἐχόντων παραχώρησιν ἢ ὑπὸ ἰδρυμάτων παντὸς εἶδους.

2. Den Schiffen des einen Vertragsstaates wird hinsichtlich des Rechts, Fahrgäste sowie Ladung jeder Art zu befördern, die nach oder von dem Gebiet des anderen Vertragsstaates verschifft werden, Inländerbehandlung und die Behandlung des meistbegünstigten Staates gewährt.

3. Den Schiffen beider Vertragsstaaten steht es frei, in allen für fremde Schiffe offenen Häfen des anderen Vertragsstaates ihre aus dem Ausland kommenden Güter zu löschen und Fahrgäste abzusetzen. Hierbei dürfen Ladung und Fahrgäste, die für einen anderen als den zuerst angelaufenen Hafen des anderen Vertragsstaates bestimmt sind, an Bord bleiben und bis zu ihrem Bestimmungshafen im anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat befördert werden. Die Schiffe dürfen während der gleichen Reise in den gleichen Häfen Ladung und Fahrgäste nach dem Ausland an Bord nehmen.

Artikel 18

Die unter der Flagge des einen Vertragsstaates beförderten Waren, die nach dem Gebiet des anderen Vertragsstaates bestimmt sind oder aus ihm kommen, genießen die gleichen Vergünstigungen, wie sie den unter der Flagge des anderen Vertragsstaates und des meistbegünstigten Staates beförderten Waren gewährt werden. Dies gilt insbesondere für Zölle, andere Abgaben, Gebühren, Prämien, Rückvergütungen und sonstige Vergünstigungen dieser Art sowie für die Anwendung der Zollvorschriften und die Verladung und Entladung auf der Eisenbahn oder anderen Verkehrsmitteln.

Artikel 19

1. Die Vertragsstaaten gewähren sich gegenseitig für Waren, einschließlich Gepäck und Beförderungsmittel aller Art, Freiheit der Durchfuhr durch ihr Gebiet, gleichgültig, ob als Beförderungsweg Landstraße, Schiene, Luft, Binnengewässer oder die See benutzt wird.

2. Der eine Vertragsstaat darf gegenüber dem anderen Vertragsstaat Ausnahmen von der Regel der freien Durchfuhr in den nachstehenden Fällen zulassen:

- a) aus Gründen der öffentlichen Sicherheit;
- b) mit dem Ziele, die Anwendung der sanitären Maßnahmen zu sichern oder mit dem Ziele, den Schutz von Tieren oder Pflanzen gegen Krankheiten und Schädlinge zu gewährleisten;
- c) zur Erfüllung zwischenstaatlicher Verpflichtungen;
- d) im Falle besonderer Umstände zur Kriegsversorgung.

Die beiden Vertragsstaaten werden die nach Buchstaben a bis d zulässigen Ausnahmen in der Weise anwenden, daß sie in ihren gegenseitigen Beziehungen keine willkürliche oder ungerechtfertigte Diskriminierung im Verhältnis zu derjenigen Behandlung darstellen, die sie irgendeinem anderen Land gewähren, bei dem die gleichen Verhältnisse vorliegen.

3. Jeder Vertragsstaat kann verlangen, daß der Durchfuhrverkehr durch sein Gebiet nach oder aus dem Gebiet des anderen Vertragsstaates bei der zuständigen Zollstelle angemeldet wird; jedoch wird dieser Verkehr außer bei Nichtbeachtung der Zollvorschriften, nicht unnötigen Verzögerungen oder Beschränkungen unterworfen. Dieser Verkehr ist von Zöllen, anderen Durchfuhrabgaben und Durchfuhrbelastungen befreit, mit Ausnahme der Beförderungskosten oder sonstigen Belastungen, die dem aus der Durchfuhr entstehenden Verwaltungsaufwand oder den Kosten der erbrachten Dienstleistungen entsprechen.

4. Waren jeder Art mit Ursprung in einem der Vertragsstaaten, die durch das Gebiet dritter Staaten in das Gebiet des anderen Vertragsstaates eingeführt werden, wie auch Waren beliebiger Herkunft, die von einem Ver-

(2) 'Η ἔθνηκη μεταχειρίσεις καὶ ἡ μεταχειρίσεις τοῦ μᾶλλον εὐνοουμένου Κράτους παρέχεται εἰς τὰ πλοῖα ἐνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ὅσον ἀφορᾷ τὸ δικαίωμα μεταφορᾶς ἐπιβατῶν καὶ φορτίων παντὸς εἶδους ἄτινα μεταφέρονται πρὸς ἢ ἀπὸ τὸ ἕδαφος τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους.

(3) Τὰ πλοῖα τῶν δύο συμβαλλομένων Κρατῶν εἶναι ἐλεύθερα νὰ ἐκφορτώνουν εἰς πάντας τοὺς λιμένας τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους τοὺς ἀνοικτούς εἰς ἄλλοδαπὰ πλοῖα τὰ ἐμπορεύματά των προελεύσεως ἐξωτερικοῦ καὶ νὰ ἀποβιβάζουν ἐπιβάτας. Τὰ φορτία καὶ οἱ ἐπιβάται μὲ προορισμὸν λιμένα τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους διάφορον τοῦ εἰς ὃν ἐγένετο τὸ πρῶτον προσέγγισης δύνανται νὰ παραμένουν ἐπὶ τοῦ πλοίου καὶ μέχρις οὗ μεταφερθῶσι εἰς τὸν λιμένα προορισμοῦ αὐτῶν εἰς τὸ ἕτερον συμβαλλόμενον Κράτος ἢ εἰς τρίτον Κράτος. Τὰ σκάφη δύνανται κατὰ τὸ ἴδιον ταξεῖδον νὰ παραλαμβάνουν εἰς τοὺς ἴδιους λιμένας φορτία καὶ ἐπιβάτας διὰ τὸ ἐξωτερικόν.

Ἄρθρον 18ον

Τὰ ἐμπορεύματα ἄτινα μεταφέρονται ὑπὸ πλοίων φερόντων τὴν σημαίαν ἐνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν, μὲ προορισμὸν τὸ ἕδαφος τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους ἢ μὲ προέλευσιν ἐξ αὐτοῦ ἀπολαύουν τῶν αὐτῶν προνομίων τῶν παρεχομένων εἰς τὰ ἐμπορεύματα τὰ μεταφερόμενα ὑπὸ πλοίων φερόντων τὴν σημαίαν τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους καὶ τοῦ Κράτους τοῦ μᾶλλον εὐνοουμένου. Τοῦτο ἰσχύει κυρίως διὰ τοὺς δασμούς, ἄλλα δικαιώματα, τέλη, πριμοδοτήσεις, ἐπιστροφὰς καὶ ἕτερα προνόμια τοῦ εἶδους τούτου ὡς ἐπίσης καὶ διὰ τὴν ἐφαρμογὴν τῶν τελωνειακῶν διατάξεων καὶ τὴν φόρτωσιν καὶ ἐκφόρτωσιν εἰς σιδηροδρόμους καὶ ἕτερα μέσα συγκοινωνίας.

Ἄρθρον 19ον

(1) Τὰ συμβαλλόμενα Κράτη παρέχουν ἀμοιβαίως δι' ἐμπορεύματα, συμπεριλαμβανομένων τῶν ἀποσκευῶν καὶ τῶν μεταφορικῶν μέσων παντὸς εἶδους, ἐλευθερίαν διόδου διὰ τοῦ ἐδάφους των, ἀνεξαρτήτως τοῦ ἐὰν ἡ μεταφορὰ γίνεται διὰ ξηρᾶς, σιδηροδρόμου, ἀεροπλάνου, ποταμίου ἢ θαλασσίας ὁδοῦ.

(2) Τὸ ἐν τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν δύναται ἔναντι τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους νὰ θεσπίσῃ ἐξαιρέσεις ἀπὸ τὸν κανόνα τῆς ἐλευθερίας διόδου εἰς τὰς ἀκολούθους περιπτώσεις:

- (α) διὰ λόγους δημοσίας ἀσφαλείας
- (β) πρὸς τὸν σκοπὸν ὅπως ἐξασφαλίσῃ τὴν ἐφαρμογὴν τῶν ὑγειονομικῶν μέτρων ἢ πρὸς τὸν σκοπὸν ὅπως κατοχυρώσῃ τὴν προστασίαν ζώων ἢ φυτῶν ἔναντι ἀσθενειῶν καὶ παρασίτων
- (γ) πρὸς ἐκπλήρωσιν διακρατικῶν ὑποχρεώσεων
- (δ) εἰς περίπτωσιν εἰδικῶν συνθηκῶν πολέμου ἀνεφοδιασμοῦ.

Ἄμφοτερά τὰ συμβαλλόμενα Κράτη θὰ ἐφαρμόζουν τὰς ὑπὸ τὰ στοιχεῖα α ἕως δ ἐπιτρεπομένας ἐξαιρέσεις κατὰ τρόπον ὥστε αὐταὶ νὰ μὴ ἀποτελοῦν εἰς τὰς ἀμοιβαίας σχέσεις των αὐθαίρετον ἢ ἀδικαιολόγητον διάκρισιν ἐν σχέσει πρὸς ἐκείνην τὴν μεταχειρίσιν τὴν ὁποίαν παρέχουν εἰς οἰανδήποτε ἄλλην χώραν διὰ τὴν ὁποίαν συντρέχουν αὐτὰὶ συνθήκαι.

(3) Ἐκάτερον τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν δύναται νὰ ἀπαιτῇ ὅπως ἢ διὰ τοῦ ἐδάφους του κυκλοφορᾷ πρὸς τὸ ἕδαφος ἢ ἐκ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους δηλοῦται εἰς τὴν ἀρμόδιαν τελωνειακὴν ὑπηρεσίαν. Ἐν τούτοις ἡ κυκλοφορία αὕτη δὲν θὰ ὑποβάλλεται εἰς μὴ ἀναγκαίαις καθυστερήσεις ἢ περιορισμοὺς εἰμὴ μόνον λόγῳ μὴ τηρήσεως τῶν τελωνειακῶν διατάξεων. Ἡ κυκλοφορία αὕτη ἀπαλλάσσεται δασμῶν, καὶ ἄλλων εἰσφορῶν καὶ ἐπιβαρύνσεων διόδου, ἐξαιρουμένων τῶν ἐξόδων μεταφορᾶς ἢ λοιπῶν ἐπιβαρύνσεων ἄτινα ἀφορῶσι τὰς ἐκ τῆς διόδου προκυψάσας διοικητικὰς δαπάναις ἢ τὰ ἐξόδα τῶν παρασχεθειῶν ὑπηρεσιῶν.

(4) Ἐμπορεύματα παντὸς εἶδους ἀρχικῆς προελεύσεως ἐξ ἐνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν, ἄτινα εἰσάγονται εἰς τὸ ἕδαφος τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους διὰ τοῦ ἐδάφους τρίτων Κρατῶν ὡς καὶ ἐμπορεύματα οἰασδήποτε προελεύσεως ἄτινα εἰσάγονται

tragsstaat über das Gebiet des anderen Vertragsstaates eingeführt werden, unterliegen bei ihrer Einfuhr keinen anderen oder höheren Zöllen oder Belastungen als denen, die erhoben werden würden, wenn die Einfuhr dieser Waren unmittelbar aus dem Ursprungsland erfolgte. Diese Bestimmung gilt sowohl für die Waren, die unmittelbar durchgeführt werden, als auch für Waren, die während der Durchfuhr unter Zollaufsicht umgeladen, umgepackt oder gelagert werden.

Artikel 20

1. Wenn ein Schiff des einen Vertragsstaates an der Küste des anderen Vertragsstaates strandet oder Schiffbruch erleidet oder gezwungen ist, in einem Hafen des anderen Vertragsstaates Schutz zu suchen, wird dieser Vertragsstaat den Schiffen, der Besatzung, den Fahrgästen, der persönlichen Habe der Besatzung und der Fahrgäste sowie der Ladung des Schiffes den gleichen Schutz und Beistand gewähren, der in entsprechender Lage einem Schiff unter eigener Flagge gewährt werden würde. Die von dem Schiff geborgenen Gegenstände sind von jedem Zoll befreit, wenn sie nicht dem inländischen Verbrauch zugeführt werden. Diese Gegenstände können für die ganze Dauer ihres Verbleibens in diesem Staate, auch wenn sie nicht dem inländischen Verbrauch zugeführt werden, Zollsicherungsmaßnahmen unterworfen werden. Der zuständige Konsul soll im Fall der Strandung oder des Schiffbruches eines Schiffes seines Entsendestaates benachrichtigt werden.

2. Die von einem gestrandeten oder schiffbrüchigen Schiff und seiner Ladung geretteten Gegenstände werden dem Eigentümer oder seinem Vertreter zurückgegeben, wenn der Berechtigte seinen Anspruch innerhalb der vom Gesetz vorgeschriebenen Frist nachweist. Wenn solche Gegenstände verkauft worden sind, wird der Reinerlös aus dem Verkauf nach Abzug etwaiger Abgaben und Zölle dem Eigentümer oder seinem Vertreter, sofern der oben erwähnte Nachweis erbracht ist, zur Verfügung gestellt. Die Bergungskosten und andere Kosten, die bei der Bergung entstanden sind, werden nach den für die eigenen Staatsangehörigen geltenden Bestimmungen berechnet.

3. Befindet sich der Eigentümer oder sein Vertreter nicht an Ort und Stelle, so wird diese Erstattung von dem zuständigen deutschen oder griechischen Konsul vorgenommen.

Artikel 21

1. Die Kapitäne der Schiffe unter der Flagge des einen Vertragsstaates, deren Besatzung infolge von Krankheit oder aus einem anderen Grunde nicht mehr vollzählig ist, dürfen in allen Häfen des anderen Vertragsstaates die Seeleute anheuern, die zur Fortsetzung der Reise notwendig sind, wobei die Anheuerung nach dem Recht der Flagge des Schiffes vorgenommen wird.

2. Seeleute, die Staatsangehörige des einen Vertragsstaates sind, können an Stelle eines Reisepasses ein Seefahrtsbuch benutzen und dürfen unter den Voraussetzungen des Artikels 1 in das Gebiet des anderen Vertragsstaates einreisen, um zu Schiffen zu gelangen oder um in ihre Heimat zurückzukehren.

Artikel 22

Die Bestimmungen dieses Vertrages über die Inländerbehandlung und die Meistbegünstigung auf dem Gebiet der Schifffahrt finden keine Anwendung:

- a) auf die den Hochseesportvereinigungen gewährten Vorrechte,
- b) auf die Ausübung der seemännischen Dienste in den Häfen, auf Reeden oder am Strand, einschl. des Lotsen- und Schleppdienstes sowie auf die organisierte Ausübung des Rettungs- und Bergungsdienstes,

υπό ενός συμβαλλομένου Κράτους διά τοῦ ἐδάφους τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους, δὲν ὑπόκεινται, κατὰ τὴν εἰσαγωγὴν των εἰς ἄλλους ἢ ὑψηλοτέρους δασμούς ἢ ἐπιβαρύνσεις ἀπὸ ἐκείνους οἵτινες θὰ εἰσепράττοντο ἐάν ἡ εἰσαγωγή τῶν ἐμπορευμάτων τούτων ἐγένετο ἀπ' εὐθείας ἐκ τῆς χώρας προελεύσεως. Ἡ διάταξις αὕτη ἰσχύει τόσον διὰ τὰ ἐμπορεύματα ἅτινα διακομίζονται ἀμέσως ὅσον καὶ διὰ ἐμπορεύματα ἅτινα κατὰ τὴν διαμετακόμισιν μεταφορτώνονται, ἀνασυσκευάζονται, ἢ ἐναποθηκεύονται ὑπὸ τελωνειακῶν ἐλεγχῶν.

Ἄρθρον 20ον

(1) Ἐάν πλοῖον ἐνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν προσαρᾶξῃ ἢ ναυαγήσῃ εἰς τὴν ἀκτὴν τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους ἢ ἀναγκασθῇ νὰ ζητήσῃ προστασίαν εἰς λιμένα τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους, τὸ συμβαλλόμενον τοῦτο Κράτος θὰ παρέχῃ εἰς τὰ πλοῖα, τὰ πληρώματα, εἰς τοὺς ἐπιβάτας καὶ εἰς τὰ προσωπικά πράγματα τοῦ πληρώματος καὶ τῶν ἐπιβατῶν ὡς ἐπίσης καὶ εἰς τὸ φορτίον τοῦ σκάφους τὴν αὐτὴν προστασίαν καὶ βοήθειαν τὴν ὁποίαν θὰ παρῆγεν εἰς σκάφος φέρον τὴν ἰδίαν αὐτοῦ σημαίαν καὶ τὸ ὅποιον θὰ εὕρισκετο εἰς ἀνάλογον θέσιν. Τὰ διασωθέντα πράγματα τοῦ πλοίου ἀπαλλάσσονται παντὸς τελωνειακοῦ φόρου ἐάν δὲν προορίζονται διὰ τὴν ἐσωτερικὴν κατανάλωσιν. Τὰ ἐν λόγῳ ἀντικείμενα δύνανται νὰ ὑπαχθῶσιν εἰς μέτρα τελωνειακῆς ἀσφαλείας καθ' ὅλο τὸ διάστημα καθ' ὃ παραμένουν εἰς τὸ Κράτος τοῦτο, ἀκόμα καὶ ἐάν δὲν προορίζονται διὰ τὴν ἐσωτερικὴν κατανάλωσιν. Ὁ ἀρμόδιος Πρόξενος δέον νὰ εἰδοποιήται εἰς περίπτωσιν προσαρᾶξεως ἢ ναυαγίου ἐνὸς πλοίου τοῦ Κράτους του.

(2) Τὰ ἐξ ἐνὸς προσαρᾶξαντος ἢ ναυαγήσαντος πλοίου καὶ ἐκ τοῦ φορτίου του διασωθέντα ἀντικείμενα ἀποδίδονται εἰς τὸν ιδιοκτήτην ἢ εἰς τὸν ἐκπρόσωπόν του, ἐάν ὁ δικαιούχος ἀποδείξῃ ἐντὸς τῆς ὑπὸ τοῦ νόμου τασσομένης προθεσμίας τὴν ἀπαίτησίν του. Ἐάν ἐπωλήθησαν τοιαῦτα ἀντικείμενα τὸ καθαρὸν ἀντίτιμον ἐκ τῆς πωλήσεως, κατόπιν ἀφαίρεσεως τυχῶν ἐξόδων καὶ τελωνειακῶν δασμῶν. τίθεται εἰς τὴν διάθεσιν τοῦ ιδιοκτήτου ἢ τοῦ ἐκπροσώπου του, ἐφ' ὅσον προσήχθῃ ἢ ἀνωτέρω ἀναφερομένη ἀπόδειξις. Τὰ ἐξοδα διασώσεως καὶ λοιπὰ ἐξοδα ἅτινα ἐγενήθησαν κατὰ τὴν διάσωσιν θὰ ὑπολογίζονται κατὰ τὰς διατάξεις τὰς ἰσχυοῦσας διὰ τοὺς ἰδίους ὑπηκόους.

(3) Ἐάν ὁ ιδιοκτήτης ἢ ὁ ἐκπρόσωπός του δὲν εὕρισκεται ἐπὶ τόπου ἢ ἐπίδοσις αὕτη θὰ γίνεταί εἰς τὸν ἀρμόδιον Γερμανὸν ἢ Ἑλληνα Πρόξενον.

Ἄρθρον 21ον

(1) Οἱ Πλοίαρχοι τῶν ὑπὸ τὴν σημαίαν τοῦ ἐνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν πλοίων ὧν τὸ πλήρωμα δὲν εἶναι πᾶντες λόγῳ νόσου ἢ ἄλλης αἰτίας ἔχουν τὴν ἀδειαν νὰ προσλαμβάνουν εἰς πᾶντας τοὺς λιμένας τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους τοὺς ἀναγκαιούς διὰ τὴν διάρκειαν τοῦ ταξιδίου ναυτικούς, τῆς προσλήψεως λαμβανούσας χώραν συμφωνῶσας πρὸς τὸ δίκαιον τῆς σημαίας τοῦ πλοίου.

(2) Οἱ ναυτικοὶ οἵτινες εἶναι ὑπήκοοι ἐνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν χρησιμοποιοῦν ὡς διαβατήριον τὸ ναυτικὸν φυλλάδιον καὶ ἔχουν τὸ δικαίωμα νὰ εἰσέρχονται εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους ὑπὸ τοὺς ὅρους τοῦ ἀρθροῦ 1 ὅπως συναντήσωσι πλοῖα ἢ ἐπιστρέψωσι εἰς τὴν χώραν των.

Ἄρθρον 22ον

Αἱ διατάξεις τῆς παρούσης συνθήκης περὶ τῆς ἐθνικῆς μεταχειρίσεως καὶ τῆς μεταχειρίσεως τοῦ μᾶλλον εὐνοουμένου Κράτους εἰς τὸν τομέα τῆς ναυσιπλοίας δὲν ἐφαρμόζονται:

- (α) εἰς τὰ προνόμια ἅτινα παρέχονται εἰς ἀθλητικούς συλλόγους ἀνοικτῆς θαλάσσης.
- (β) εἰς τὴν ἄσκησιν τῶν θαλασσιῶν ὑπηρεσιῶν εἰς τοὺς λιμένας, τὰ ἀγκυροβόλια ἢ τὰς ἀκτὰς, περιλαμβανομένων τῆς πλοηγῆσεως, τῆς ρυμολκῆσεως ὡς καὶ τῆς ὀργανωμένης ἀσκήσεως τῆς θαλασσίας ἀρωγῆς καὶ ναυαγιορέσεως.

- c) auf die Küsten- und Binnenschifffahrt,
- d) auf die Ausübung des Fischfanges in den Hoheitsgewässern,
- e) auf Vergünstigungen für die Erzeugnisse der eigenen Fischerei und Jagd auf See.

Artikel 23

Die für die Schifffahrt geltenden Bestimmungen dieses Vertrages finden auf Kriegsschiffe keine Anwendung.

Artikel 24

Die Bestimmungen dieses Vertrages über die Meistbegünstigung erstrecken sich nicht:

- a) auf die Vergünstigungen, die ein Vertragsstaat angrenzenden Ländern zur Erleichterung des Grenzverkehrs einräumt,
- b) auf die Vergünstigungen, die sich aus einer Zollunion oder Freihandelszone sowie aus einstweiligen Vereinbarungen ergeben, die die Errichtung von Zollunionen oder Freihandelszonen zum Ziel haben,
- c) auf die Vorrechte und Vergünstigungen, die ein Vertragsstaat auf Grund eines Zusammenschlusses gewährt, der zwischen mehreren Ländern die gemeinsamen Regelungen auf dem Gebiet der Produktion, des Handels und der Dienstleistungen oder die Gewährleistung der Sicherheit dieser Länder betrifft,
- d) auf Vergünstigungen, die einer oder beide Vertragsstaaten einem oder mehreren dritten Ländern auf dem Gebiet der Zivilluffahrt gewähren,
- e) auf Vergünstigungen, die ein Vertragsstaat dritten Staaten auf Grund von Vereinbarungen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung gewährt.

Artikel 25

Jeder Vertragsstaat gewährt die Inländerbehandlung im Rahmen dieses Vertrages auf Grund der Tatsache, daß die Inländerbehandlung in den gleichen Angelegenheiten auch von dem anderen Vertragsstaat eingeräumt wird.

Artikel 26

1. Keine Bestimmung dieses Vertrages hindert einen Vertragsstaat, Staatsangehörigen und Gesellschaften des anderen Vertragsstaates eine günstigere Behandlung als in diesem Vertrag vorgesehen ist, zu gewähren.

2. Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsstaaten bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine Regelung, durch die den Staatsangehörigen und Gesellschaften des anderen Vertragsstaates eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so bleibt diese Regelung durch den vorliegenden Vertrag unberührt.

Artikel 27

In allen Fällen, in denen dieser Vertrag gleichzeitig Inländerbehandlung und Meistbegünstigung gewährt, findet die günstigere Behandlung Anwendung.

Artikel 28

1. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder die Anwendung dieses Vertrages verpflichten sich die Vertragsstaaten, zur Herbeiführung einer Lösung in freundschaftlichem Geist Konsultationen aufzunehmen.

(γ) εις τὴν ἀκτοπλοῖαν καὶ τὴν ἐσωτερικὴν ναυσιπλοῖαν.

(δ) εις τὴν ἄσκησιν τῆς ἀλιείας εἰς τὰ χωρικά ὕδατα.

(ε) εἰς τὰ προνόμια ἅτινα παρέχονται εἰς τὰ προϊόντα τῆς ἐθνικῆς ἀλιείας καὶ κυνηγίου ἐν θαλάσῃ.

Ἄρθρον 23ον

Αἱ διὰ τὴν ναυσιπλοῖαν διατάξεις τῆς παρούσης Συνθήκης δὲν ἐφαρμόζονται εἰς τὰ πολεμικὰ πλοῖα.

Ἄρθρον 24ον

Αἱ διατάξεις τῆς παρούσης Συνθήκης αἱ σχετικαὶ πρὸς τὴν μεταχείρισιν τοῦ μᾶλλον εὐνοουμένου κράτους δὲν ἐπεκτείνονται:

(α) εἰς τὰ προνόμια ἅτινα παρέχονται ὑφ' ἐνόῳ συμβαλλομένου Κράτους εἰς τὰς διόρους χώρας πρὸς ἐξυπηρέτησιν τῆς μεθοριακῆς συγκοινωνίας.

(β) εἰς τὰ προνόμια τὰ προκύπτοντα ἀπὸ τελωνειακῆν ἔνωσιν ἢ ζώνην ἐλευθέρων συναλλαγῶν ὡς ἐπίσης ἀπὸ προσωρινῆς συμφωνίας ἐχούσας ὡς σκοπὸν τὴν δημιουργίαν τελωνειακῶν ἐνώσεων ἢ ζωνῶν ἐλευθέρων συναλλαγῶν.

(γ) εἰς τὰ πλεονεκτήματα καὶ προνόμια τὰ παρεχόμενα ὑπὸ ἐνόῳ συμβαλλομένου Κράτους, δυνάμει τῆς συμμετοχῆς αὐτοῦ εἰς Κοινότητα δημιουργουμένην μεταξύ πλειόνων χωρῶν, ἐν ᾗ κοινῶν κανονισμῶν εἰς τὸν τομέα τῆς παραγωγῆς, τοῦ ἐμπορίου καὶ τῶν παροχῶν ἢ πρὸς διάσωσιν τῆς ἀσφαλείας τῶν χωρῶν τούτων.

(δ) εἰς τὰ προνόμια ἅτινα παρέχονται ὑφ' ἐνόῳ ἢ ὑπ' ἀμφοτέρων τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν εἰς μίαν ἢ περισσοτέρας τρίτας χώρας εἰς τὸν τομέα τῆς πολιτικῆς ἀεροπορίας.

(ε) εἰς τὰ προνόμια ἅτινα ἐν ἑκ τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν παραχωρεῖ εἰς τρίτα Κράτη δυνάμει Συμφωνιῶν πρὸς ἀποφυγὴν τῆς διπλῆς φορολογίας.

Ἄρθρον 25ον

Ἐκαστον τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν παρέχει τὴν ἐθνικὴν μεταχείρισιν εἰς τὸ πλαίσιον τῆς παρούσης Συνθήκης λόγω τοῦ γεγονότος ὅτι ἡ ἐθνικὴ μεταχείρισις παρέχεται ὡσαύτως ὑπὸ τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους εἰς τοὺς ἰδίους τομεῖς.

Ἄρθρον 26ον

(1) Οὐδεμία διάταξις τῆς παρούσης συνθήκης καλύει τὸ ἐν ἑκ τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ὅπως χορηγήσῃ εἰς ὑπάρχουσ καὶ ἔταιρειας τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους εὐνοικωτέραν μεταχείρισιν ἀπὸ τὴν προβλεπομένην ἐν τῇ παρούσῃ Συνθήκῃ.

(2) Ἐὰν εἴτε ἐκ τῆς νομοθεσίας τοῦ ἐνόῳ τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν εἴτε ἐκ τῶν υποχρεώσεων Διεθνούς Δικαίου αἵτινες παραλλήλως πρὸς τὴν παρούσαν Συνθήκην ὑφίστανται ἢ θὰ ὑπάρξουν ἐν μέλλοντι μεταξύ τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν, προκύψῃ διακανονισμὸς βάσει τοῦ ὁποῦ οἱ ὑπῆκοοι καὶ αἱ ἔταιρειαί τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους δεόν νὰ ἐπαρφεληθοῦν εὐνοικωτέρας μεταχειρίσεως τῆς προβλεπομένης εἰς τὴν παρούσαν Συνθήκην, ὁ διακανονισμὸς οὗτος δὲν θὰ θίγεται ἀπὸ τὴν παρούσαν Συνθήκην.

Ἄρθρον 27ον

Εἰς πάσας τὰς περιπτώσεις καθ' ἃς ἡ παρούσα συνθήκη παραχωρεῖ ὁμοῦ τὴν ἐθνικὴν μεταχείρισιν καὶ τὴν μεταχείρισιν τοῦ μᾶλλον εὐνοουμένου κράτους, ἐφαρμόζεται ἡ εὐνοικωτέρα μεταχείρισις.

Ἄρθρον 28ον

(1) Ἐν περιπτώσει διαφορᾶς γνωμῶν περὶ τὴν ἑρμηνείαν ἢ τὴν ἐφαρμογὴν τῆς παρούσης Συνθήκης τὰ συμβαλλόμενα Κράτη υποχρεοῦνται νὰ διεξαγάγουν φιλικὰς συνηνοήσεις πρὸς ἐξεύρεσιν λύσεως.

2. Soweit eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden kann, ist sie auf Verlangen eines Vertragsstaates einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

3. a) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet und besteht aus drei Schiedsrichtern. Jeder Vertragsstaat bestellt einen Schiedsrichter; die beiden so bestellten Schiedsrichter einigen sich auf einen Obmann, der Angehöriger eines dritten Staates sein muß und von den Regierungen der beiden Vertragsstaaten bestellt wird.

b) Jeder Vertragsstaat hat seinen Schiedsrichter binnen zwei Monaten nach einem dahingehenden Antrag des anderen Vertragsstaates zu benennen; kommt er dieser Verpflichtung nicht nach, so wird der Schiedsrichter auf Antrag des anderen Vertragsstaates vom Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ernannt.

c) Können sich die Schiedsrichter innerhalb eines Monats nach ihrer Bestellung über den Obmann des Schiedsgerichts nicht einigen, so wird dieser auf Antrag eines der beiden Vertragsstaaten durch den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ernannt.

d) Ist der Präsident des Internationalen Gerichtshofes verhindert, dem Antrag gemäß Unterabsatz b) und c) dieses Absatzes zu entsprechen, oder ist er Staatsangehöriger eines der beiden Vertragsstaaten, so wird die Ernennung vom Vizepräsidenten vorgenommen. Ist auch der Vizepräsident verhindert oder ist er Staatsangehöriger eines der beiden Vertragsstaaten, so erfolgt die Ernennung durch das rangälteste Mitglied des Gerichtshofes, das nicht Staatsangehöriger eines der beiden Vertragsstaaten ist.

4. Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidungen auf Grund der Bestimmungen dieses Vertrages sowie der allgemeinen Regeln des Völkerrechts.

5. Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für die Vertragsstaaten bindend.

6. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Schiedsrichters und seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht. Die übrigen Kosten werden von beiden Teilen je zur Hälfte getragen.

7. Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst.

Artikel 29

Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs Griechenland innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 30

1. Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Athen ausgetauscht werden.

2. Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

3. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit gekündigt werden, bleibt jedoch nach erfolgter Kündigung noch ein Jahr in Kraft.

(2) Ἐφ' ὅσον μιὰ διαφορὰ γνωμῶν δὲν δύναται κατὰ τὸν τρόπον τοῦτον νὰ διευθετηθῆ, θὰ ὑποβάλλεται αὕτη ἐπὶ τῇ αἰτήσει ἐνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν εἰς Διαιτητικὸν Δικαστήριον.

(3) (α) Τὸ Διαιτητικὸν Δικαστήριον θὰ συνιστᾶται ἐκαστοτε καὶ συγκροτεῖται ἐκ τριῶν Διαιτητῶν. Ἐκαστον συμβαλλόμενον Κράτος ὀρίζει ἓνα Διαιτητὴν. Οἱ δύο οὕτως ὀρισθέντες Διαιτηταὶ συμφωνοῦν περὶ τοῦ Προεδρεύοντος Διαιτητοῦ, ὅστις δέον νὰ εἶναι ὑπήκοος τρίτου Κράτους καὶ θὰ διορισθῆ ὑπὸ τῶν Κυβερνήσεων τῶν δύο συμβαλλομένων Κρατῶν.

(β) Ἐκαστον τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν δέον νὰ ὀρίσῃ τὸν Διαιτητὴν αὐτοῦ ἐντὸς δύο μηνῶν ἀπὸ τῆς πρὸς τοῦτο αἰτήσεως τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους. Ἐάν τοῦτο δὲν ἀνταποκριθῆ εἰς τὴν υποχρέωσιν ταύτην, ὁ Διαιτητὴς θὰ ὀρίζεται, κατ' αἴτησιν τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους, ὑπὸ τοῦ Προέδρου τοῦ Διεθνoῦς Δικαστηρίου.

(γ) Ἐάν οἱ Διαιτηταὶ δὲν δύναται ἐντὸς μηνὸς μετὰ τὸν διορισμὸν τῶν νὰ συμφωνήσουν ἐπὶ τοῦ Προεδρεύοντος Διαιτητοῦ τοῦ Διαιτητικοῦ Δικαστηρίου, οὗτος θὰ ὀρίζεται, κατ' αἴτησιν τοῦ ἐνὸς ἐκ τῶν δύο συμβαλλομένων Κρατῶν ὑπὸ τοῦ Προέδρου τοῦ Διεθνoῦς Δικαστηρίου.

(δ) Ἐάν ὁ Πρόεδρος τοῦ Διεθνoῦς Δικαστηρίου καλύπεται νὰ ἀνταποκριθῆ εἰς τὴν κατὰ τὰ ἐδάφια (β) καὶ (γ) τῆς παραγράφου ταύτης αἴτησιν, ἢ εἶναι ὑπήκοος ἐνὸς ἐκ τῶν δύο συμβαλλομένων Κρατῶν, ὁ διορισμὸς θὰ γίνεται ὑπὸ τοῦ Ἀντιπροέδρου. Ἐάν καλύπεται καὶ ὁ Ἀντιπρόεδρος ἢ εἶναι ὑπήκοος ἐνὸς ἐκ τῶν δύο συμβαλλομένων Κρατῶν, ὁ διορισμὸς θὰ γίνεται ὑπὸ τοῦ ἐν τῷ βαθμῷ ἀρχαιότερου μέλους τοῦ Δικαστηρίου, τὸ ὅποιον δὲν εἶναι ὑπήκοος τοῦ ἐνὸς ἐκ τῶν δύο συμβαλλομένων Κρατῶν.

(4) Τὸ Δικαστήριον ἀποφασίζει ἐπὶ τῇ βίσει τῶν διατάξεων τῆς παρούσης Συνθήκης ὡς καὶ τῶν γενικῶν κανόνων τοῦ Διεθνoῦς Δικαίου.

(5) Τὸ Διαιτητικὸν Δικαστήριον ἀποφασίζει κατὰ πλειοψηφίαν. Αἱ ἀποφάσεις του εἶναι δεσμευτικαὶ διὰ τὰ συμβαλλόμενα Κράτη.

(6) Ἐκαστον συμβαλλόμενον Κράτος ἀναλαμβάνει τὰ ἐξοδα τοῦ Διαιτητοῦ του καὶ τῆς ἐκπροσωπήσεώς του κατὰ τὴν διαδικασίαν ἐνώπιον τοῦ Διαιτητικοῦ Δικαστηρίου. Τὰ ὑπόλοιπα ἐξοδα ἀναλαμβάνονται ὑπ' ἀμφοτέρων τῶν Μερῶν κατὰ τὸ ἡμισυ ὑφ' ἐκάστου.

(7) Τὸ Διαιτητικὸν Δικαστήριον καθορίζει τὸν Δικονομικὸν του Κανονισμόν.

Ἄρθρον 29ον

Ἡ παρούσα Συνθήκη ἰσχύει ἐπίσης καὶ διὰ τὴν χώραν τοῦ Βερολίνου, ἐφ' ὅσον ἐντὸς τριῶν μηνῶν ἀπὸ τῆς ἐνάρξεως τῆς ἰσχύος τῆς Συνθήκης ἢ Κυβέρνησις τῆς Ὀμοσπονδιακῆς Δημοκρατίας τῆς Γερμανίας δὲν ἤθελεν προβῆ εἰς ἀντίθετον Δήλωσιν πρὸς τὴν Κυβέρνησιν τοῦ Βασιλείου τῆς Ἑλλάδος.

Ἄρθρον 30ον

(1) Ἡ παρούσα Συνθήκη ἔχει ἀνάγκην ἐπικυρώσεως. Τὰ ὄργανα ἐπικυρώσεως θὰ ἀνταλλαγῶσιν ἐν Ἀθήναις κατὰ τὸ δυνατόν ταχύτερον.

(2) Ἡ παρούσα Συνθήκη τίθεται ἐν ἰσχύϊ ἓνα μῆνα μετὰ τὴν ἀνταλλαγὴν τῶν ὀργάνων ἐπικυρώσεως.

(3) Μετὰ πάροδον 10 ἐτῶν ἢ Συνθήκη δύναται νὰ καταγγελθῆ ἀπὸ πᾶσαν στιγμὴν, παραμένει ὅμως ἐν ἰσχύϊ μετὰ γενομένην καταγγελίαν ἐπὶ ἓν εἰσέτι ἔτος.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Bonn am achtzehnten März eintausendneunhundertundsechzig in vier Urschriften, zwei in deutscher und zwei in griechischer Sprache, wobei der Wortlaut in beiden Sprachen verbindlich ist.

Für die
Bundesrepublik Deutschland:
A. H. van Scherpenberg

Für das
Königreich Griechenland:
Ypsilanti

Εἰς πίστωσιν τῶν ὁποίων οἱ πληρεξούσιοι ὑπέγραψαν τὴν παρούσαν Συνθήκην καὶ ἐπέθεσαν τὰς σφραγίδας των.

Ἐγένετο ἐν Βόννῃ, σήμερον τὴν 18ην Μαρτίου 1960 εἰς τέσσαρα πρωτότυπα, δύο εἰς τὴν Ἑλληνικὴν καὶ δύο εἰς τὴν Γερμανικὴν, τὰ κείμενα δὲ εἰς ἀμφοτέρας τὰς γλώσσας παρέχουσιν ἐξ ἴσου πίστιν.

Διὰ τὸ Βασιλεῖον τῆς Ἑλλάδος:

Θωμᾶς Ὑψηλάντης

Διὰ τὴν Γερμανικὴν Ὁμοσπονδιακὴν Δημοκρατίαν:

A. H. van Scherpenberg

Protokoll

Die beiden Staaten, die den heute in Bonn unterzeichneten Niederlassungs- und Schiffahrtsvertrag abschließen, nehmen auf die Bestimmungen des genannten Vertrages Bezug und haben sich über die nachfolgenden Vorschriften geeinigt, die einen integrierenden Bestandteil des Vertrages bilden sollen:

1. Zu Artikel 1 und Artikel 2 Absatz 1

Den Grundsätzen des Artikels 1 und des Artikels 2 Absatz 1 entsprechend werden die Anträge auf Erteilung, Erneuerung und Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis wohlwollend geprüft. Dies gilt vorzugsweise für die Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates, durch deren Anwesenheit die Betätigung von Unternehmen des einen Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates oder die Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet gefördert wird.

2. Zu Artikel 2 Absatz 3

Der Ablauf der genannten Frist soll entsprechend den Grundsätzen des Artikels 1 Absatz 1 des Vertrages nicht aus anderen als den in Artikel 2 Absatz 1 des Vertrages genannten Gründen der Staatssicherheit, der öffentlichen Ordnung oder der Sittlichkeit gehindert werden.

Der Aufenthalt von Staatsangehörigen eines Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates gilt als ordnungsmäßig im Sinne von Artikel 2, wenn den Vorschriften über die Einreise, den Aufenthalt und die Freizügigkeit der Ausländer sowie die Ausübung einer Erwerbstätigkeit durch Ausländer entsprochen ist.

3. Zu Artikel 2 Absatz 4

Eine Abwesenheit, die die Dauer von drei Monaten im Jahr nicht überschreitet, gilt nicht als Unterbrechung des ordnungsmäßigen Aufenthalts. Wird diese Frist überschritten, tritt eine Unterbrechung dann nicht ein, wenn zwingende Gründe die rechtzeitige Rückkehr verhindern.

ΠΡΩΤΟΚΟΛΛΟΝ

Τὰ δύο Κράτη ἄτινα συνάπτουν τὴν σήμερον ἐν Βόννῃ ὑπογραφεῖσαν Συνθήκην Ἐγκαταστάσεως καὶ Ναυτιλίας ἀναφερόμενα εἰς τὰς διατάξεις τῆς ξηθείσης Συνθήκης συνεφώνησαν ἐπὶ τῶν ἀκολουθῶν διατάξεων, αἵτινες ἀποτελοῦν ἀναπόσπαστον μέρος τῆς Συνθήκης:

1. Ἐπὶ τοῦ ἄρθρου 1 καὶ τοῦ ἄρθρου 2 παράγραφος 1.

Συμφώνως πρὸς τὰς ἐν τῷ ἄρθρῳ 1 καὶ τῇ παραγράφῳ 1 τοῦ ἄρθρου 2 τῆς Συνθήκης ἀρχάς, αἱ αἰτήσεις χορηγήσεως ἀδείας παραμονῆς, ἀνανεώσεως καὶ παρατάσεως αὐτῆς θὰ ἐξετάζωνται μετ'εὐμενείας. Τοῦτο ἰσχύει κατὰ πρῶτον λόγον διὰ τοὺς ὑπηκόους τοῦ ἐνὸς συμβαλλομένου Κράτους διὰ τῆς παρουσίας τῶν ὁποίων προάγεται ἡ δραστηριότης τῶν ἐπιχειρήσεων τοῦ ἐνὸς συμβαλλομένου Κράτους ἐν τῷ ἐδάφει τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους, καὶ ἡ συνεργασία εἰς τὸ μορφωτικὸν ἐπίπεδον.

2. Ἐπὶ τοῦ ἄρθρου 2 παράγραφος 3.

Ἡ ἐκπονή τῆς ἀναφερομένης προθεσμίας δέον νὰ μὴ ἐμποδίζεται συμφώνως πρὸς τὰς ἀρχάς τοῦ ἄρθρου 1 παράγραφος 1 τῆς Συνθήκης διὰ λόγους ἄλλους εἰ μὴ μόνον διὰ τοὺς λόγους ἀσφαλείας τοῦ Κράτους, δημοσίας τάξεως ἢ γρηστοῦν ἡθῶν τοὺς ἀναφερομένους εἰς τὴν παράγραφον 1 τοῦ ἄρθρου 2 τῆς παρούσης συμφωνίας.

Ἡ διαμονὴ ὑπηκόων ἐνὸς συμβαλλομένου Κράτους εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους θεωρεῖται κανονικὴ ἐν τῇ ἐννοίᾳ τοῦ ἄρθρου 2 ὅταν εἶναι σύμφωνος πρὸς τὰς διατάξεις περὶ εἰσόδου, παραμονῆς καὶ ἐλευθέρως κινήσεως τῶν ἄλλοδαπῶν καὶ περὶ ἀσκήσεως ἐπαγγελματικῆς δραστηριότητος παρ' ἄλλοδαπῶν.

3. Ἐπὶ τοῦ ἄρθρου 2 παράγραφος 4.

Ἀπουσία ἥτις δὲν ὑπερβαίνει τοὺς τρεῖς μῆνας κατ' ἔτος δὲν θεωρεῖται ὡς διακοπὴ τῆς κανονικῆς διαμονῆς. Ἐὰν γίνῃ ὑπέρβασις τῆς προθεσμίας ταύτης δὲν θὰ θεωρεῖται διακοπὴ ἐὰν ἐπιτακτικοὶ λόγοι παρακωλοῦν τὴν ἐμπρόθεσμον ἐπιστροφήν.

4. Zu Artikel 4 Absatz 1

Personen, die die Staatsangehörigkeit der beiden Vertragsstaaten besitzen, erfüllen ihre gesetzliche Wehrdienstpflicht in dem Vertragsstaat, in dessen Gebiet sie ihren dauernden Aufenthalt und ihre Lebensgrundlage haben.

Als Erfüllung der Wehrdienstpflicht gilt nicht eine bezahlte Tätigkeit als Dolmetscher, als Arbeitsaufseher oder als Arbeitnehmer auf Grund eines Arbeitsvertrages.

Der nach Satz 1 in dem einen Vertragsstaat geleistete und nachgewiesene Wehrdienst wird von dem anderen Vertragsstaat als Erfüllung der gesetzlichen Wehrdienstpflicht in dem zeitlichen Ausmaß des geleisteten Wehrdienstes anerkannt.

5. Zu Artikel 4 Absatz 4

Unter „Naturkatastrophen oder ähnlichen Katastrophen“ in Artikel 4 Absatz 4 fallen nicht Krieg und kriegsähnliche Zustände.

6. Zu Artikel 5 Absatz 3 und 4

Die Bestimmungen des Artikels 5 Absatz 3 und 4 gelten auch für die Überführung eines Privatunternehmens in öffentliches Eigentum, seine Unterstellung unter öffentliche Aufsicht oder ähnliche Eingriffe der öffentlichen Hand. Unter Enteignung ist die Entziehung oder Beschränkung jedes privaten Vermögensrechts zu verstehen.

7. Zu Artikel 6 Absatz 1

Im Interesse der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Vertragsstaaten können die Staatsangehörigen des einen Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates wie Inländer bei Schiedsverfahren, bei denen die Wahl der Schiedsrichter ausschließlich den Beteiligten überlassen ist, schiedsrichterliche Aufgaben erfüllen.

8. Zu Artikel 7 Absatz 1

Die Zulassung zu wirtschaftlichen Tätigkeiten umfaßt auch die Errichtung und Unterhaltung von Zweigniederlassungen, Vertretungen, Büros, Fabriken und anderen zur Führung der Geschäfte geeigneten Betrieben.

Um die Zulassung zu selbständigen wirtschaftlichen und beruflichen Tätigkeiten zu erleichtern, werden die Vertragsstaaten bei der Erteilung erforderlicher Genehmigungen großzügig verfahren.

9. Zu Artikel 7 Absatz 2

Unter Leitung und Verwaltung sind die Tätigkeiten der in Artikel 8 Absatz 4 Satz 2 aufgeführten Personen und der Personen zu verstehen, die nach den Rechtsvorschriften und nach den Bestimmungen der Satzung zur Vertretung der Gesellschaft, zur verantwortlichen Führung oder zur Überwachung der Geschäfte der Gesellschaft berufen sind.

10. Zu Artikel 7 Absatz 4

Als Unternehmen, die unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaates stehen, sind insbesondere Unternehmen anzusehen, auf deren Verwaltung Staatsangehörige oder Gesellschaften des anderen Vertragsstaates auf Grund von kapitalmäßigen Beteiligungen einzuwirken in der Lage sind.

11. Zu Artikel 7 Absatz 5

- a) Der Begriff des „öffentlichen Dienstes“ richtet sich nach den Rechtsvorschriften eines jeden Vertragsstaates.
- b) Die Vertragsstaaten stimmen gemäß Artikel 7 Absatz 5 überein, daß die in den Absätzen 1, 2 und 4 des Artikels 7 vereinbarte Inländerbehandlung auf

4. 'Επί του άρθρου 4 παράγραφος 1.

Τὰ πρόσωπα ἄτινα κέκτληται τὴν ὑπηκοότητα καὶ τῶν δύο συμβαλλομένων Κρατῶν ἐκπληροῦν τὴν νόμιμον στρατιωτικὴν ὑποχρέωσιν αὐτῶν εἰς ἕκαστον τὸ συμβαλλόμενον Κράτος εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ὁποίου ἔχουσι τὴν μόνιμον αὐτῶν διαμονὴν καὶ τὴν βιοποριστικὴν ἐγκατάστασιν αὐτῶν.

Ὡς ἐκπλήρωσις στρατιωτικῆς ὑποχρέωσος δὲν θεωρεῖται ἡ ἀμειβομένη ὑπηρεσία ὡς διερμηνέως, ὡς ἐπόπτου ἐργασίας ἢ ὡς ἐργάτου βάσει συμβάσεως ἐργασίας.

Ἡ κατὰ τὴν παράγραφον 1 ἐκτελεσθεῖσα καὶ ἀποδειχθεῖσα στρατιωτικὴ ὑπηρεσία εἰς τὸ ἐν συμβαλλόμενον Κράτος ἀναγνωρίζεται ὑπὸ τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους ὡς ἐκπλήρωσις τῆς νομίμου στρατιωτικῆς ὑποχρέωσος διὰ τὸν χρόνον τῆς ἐκτελεσθείσης στρατιωτικῆς ὑπηρεσίας.

5. 'Επί του άρθρου 4 παράγραφος 4.

Ὡς καταστροφή προερχομένη ἐκ τῆς φύσεως ἢ ἀνάλογος καταστροφῆς δὲν θεωρεῖται ὁ πόλεμος ἢ ἀνάλογος κατάστασις ἐν τῇ ἐννοίᾳ τῆς παραγράφου 4 τοῦ άρθρου 4.

6. 'Επί του άρθρου 5 παράγραφοι 3 και 4.

Αἱ διατάξεις τοῦ άρθρου 5 παράγραφοι 3 καὶ 4 ἰσχύουν ἐπίσης καὶ διὰ τὴν μεταβίβασιν ἰδιωτικῆς ἐπιχειρήσεως εἰς τὴν κυριότητα τοῦ Δημοσίου, τὴν ὑπαγωγὴν αὐτῆς ὑπὸ τὴν ἐποπτεῖαν τοῦ Δημοσίου ἢ ἀναλόγους ἐπεμβάσεις τοῦ Δημοσίου. Ὡς ἀπαλλοτριώσεις θεωρεῖται ἡ ἀφαίρεσις ἢ ἡ δέσμευσις παντὸς περιουσιακοῦ δικαιώματος.

7. 'Επί του άρθρου 6 παράγραφος 1.

Ἐν τῷ συμφέροντι τῶν οικονομικῶν σχέσεων μεταξὺ τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν δύνανται οἱ ὑπήκοοι τοῦ ἑνὸς συμβαλλομένου Κράτους νὰ ἐκτελοῦν ὡς οἱ ἐντόπιοι τὰ ἔργα δικαιοσύνης ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους, κατὰ τὰς διαδικασίας δικαιοσύνης εἰς ἃς ἡ ἐκλογή τῶν δικαιοτῶν ἐπαφίεται καθ' ὁλοκληρίαν εἰς τὰ Μέρη.

8. 'Επί του άρθρου 7 παράγραφος 1.

Ἡ εἰσοδὴ εἰς οικονομικὰς δραστηριότητας περιλαμβάνει ἐπίσης τὴν ἰδρυσιν καὶ διατήρησιν ὑποκαταστημάτων, ἀντιπροσωπειῶν, γραφείων, ἐργοστασίων καὶ ἄλλων καταστημάτων καταλλήλων διὰ τὴν διαχείρισιν τῶν ὑποθέσεων.

Ὅπως διευκολύνουν τὴν εἰσοδὴν εἰς αὐτοτελεῖς οικονομικὰς καὶ ἐπαγγελματικὰς δραστηριότητας τὰ συμβαλλόμενα Κράτη ἵνα εἶναι γενναιόφρονα κατὰ τὴν χορήγησιν τῶν ἀπαιτουμένων ἐγκρίσεων.

9. 'Επί του άρθρου 7 παράγραφος 2.

Ὡς διεύθυνσις καὶ διοίκησις νοοῦνται αἱ δραστηριότητες τῶν εἰς τὴν παράγραφον 4, ἐδάφιον 2 τοῦ άρθρου 8 ἀναφερομένων προσώπων καὶ τῶν προσώπων, ἅτινα κατὰ τὰς διατάξεις τοῦ νόμου καὶ κατὰ τοὺς δρους τοῦ Καταστατικοῦ καλοῦνται εἰς ἐκπροσώπησιν τῆς Ἑταιρείας, εἰς ὑπεύθυνον διεύθυνσιν ἢ εἰς ἐποπτεῖαν τῶν ἐργασιῶν τῆς ἑταιρείας.

10. 'Επί του άρθρου 7 παράγραφος 4.

Ὡς ἐπιχειρήσεις ὑπὸ τὴν ἐπιτροπὴν ὑπηκόων ἢ Ἑταιρειῶν τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους θὰ θεωροῦνται ἰδιαιτέρως αἱ ἐπιχειρήσεις ἐπὶ τῆς διοικήσεως τῶν ὁποίων οἱ ὑπήκοοι ἢ αἱ Ἑταιρεῖαι τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους εἶναι εἰς θέσιν νὰ ἀσκοῦν ἐπιτροπὴν λόγῳ μετοχῆς εἰς τὸ κεφάλαιον.

11. 'Επί του άρθρου 7 παράγραφος 5.

(α) Ἡ ἐννοία τῆς δημοσίας ὑπηρεσίας κρίνεται κατὰ τὰς διατάξεις τοῦ νόμου ἐκάστου συμβαλλομένου Κράτους.

(β) Τὰ συμβαλλόμενα Κράτη συμφωνοῦν κατὰ τὴν παράγραφον 5 τοῦ άρθρου 7, ὅτι ἡ εἰς τὰς παραγράφους 1, 2 καὶ 4 τοῦ άρθρου 7 συμφωνηθεῖσα ἐθνικὴ μεταχειρίσις

folgende Berufe und Tätigkeiten keine Anwendung findet:

1. Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte,
2. Heilpraktiker, Hebammen,
3. Apotheker,
4. Notare, Rechtsanwälte, Rechtsbeistände,
5. Patentanwälte,
6. Wirtschaftsprüfer, Buchprüfer, Steuerberater, Helfer in Steuersachen,
7. Auswanderungsunternehmer, Auswanderungsagenten,
8. Bezirksschornsteinfeger,
9. Buchmacher und Lottereeinnehmer,
10. Versicherungsunternehmen, Bank- und Kreditunternehmen,
11. Kapitäne, Schiffsoffiziere und Besatzungen sowie Lotsen der Handelsmarine,
12. Gewerbsmäßige Herstellung von Schußwaffen und Munition und Handel mit diesen Waren,
13. Erzeugung, Handel oder Verwendung von Sprengstoffen,
14. Herstellung, Beförderung und Inverkehrbringen von Kriegswaffen,
15. Gewerbebetrieb im Umherziehen und ambulantes Gewerbe am Wohnort,
16. Gewerbsmäßige Verwendung von Luftfahrzeugen einschließlich der Beförderung in Luftfahrzeugen,
17. Gewerbsmäßige Aufsuchung und Ausbeutung von Minerallagern und Erdölvorkommen.

Den Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Vertragsstaates wird im Gebiet des anderen Vertragsstaates in allen vorstehend aufgeführten Angelegenheiten Meistbegünstigung gewährt.

12. Zu Artikel 8

Für Entscheidungen über die Erteilung der Arbeitserlaubnis gemäß den innerstaatlichen Vorschriften werden Gebühren nicht erhoben.

13. Zu Artikel 8 Absatz 2

Für die Entscheidung darüber, ob eine Unterbrechung der in Artikel 8 Absatz 2 genannten Mindestbeschäftigungsdauer von fünf Jahren vorliegt, sind die Gesetze und Verwaltungsvorschriften eines jeden Vertragsstaates maßgebend.

14. Zu Artikel 8 Absatz 8

Ziffer 3 des Protokolls gilt entsprechend.

15. Zu Artikel 11

a) Artikel 11 hindert keinen Vertragsstaat daran, als Voraussetzung für die Eintragung in das nationale Register vorzuschreiben, daß Schiffe und Luftfahrzeuge nicht im Eigentum von Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines ausländischen Staates stehen dürfen.

b) Die in jedem Vertragsstaat geltenden Beschränkungen des Erwerbs von Grundstücken durch Ausländer bleiben unberührt.

16. Zu Artikel 12

Der Artikel 12 findet auf Zölle und Abgaben jeder Art, die auf Ein- und Ausfuhren erhoben werden, die sich nach den Vorschriften der Artikel II und IV des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens vom 30. Oktober 1947 (revidierter Text), dem die Bundes-

den εφαρμόζεται εις τὰ ακόλουθα επαγγέλματα και δραστηριότητες:

1. Ίατροί, ὀδοντίατροι, κτηνίατροι.
2. Πρακτικοὶ θεραπευταί, μαῖαι.
3. Φαρμακοποιοί.
4. Συμβολαιογράφοι, Δικηγόροι, Δικολάβοι.
5. Δικηγόροι ειδικευμένοι διὰ τὰ διπλώματα εὐρεσιτεχνίας.
6. Ὀρκωτοὶ λογισταί, λογισταί, φορολογικοὶ σύμβουλοι, βοηθοὶ φορολογικῶν υποθέσεων.
7. Ἐπιχειρηματίαι μετεναστεύσεως, πράκτορες μεταναστεύσεως.
8. Περιφερειακοὶ καπνοδοχοκαθαρισταί.
9. Πράκτορες στοιχημάτων και λαχείων.
10. Ἀσφαλιστικαὶ Ἐταιρεῖαι, Τραπεζιτικαὶ και Πιστωτικαὶ ἐπιχειρήσεις.
11. Πλοίαρχοι, Ἀξιωματικοὶ και πληρώματα πλοίων ὡς και πλοηγοὶ τοῦ ἐμπορικοῦ ναυτικοῦ.
12. Κατ' ἐπάγγελμα βιομηχανικὴ κατασκευὴ πυροβόλων ὄπλων και πολεμοφοδίων ὡς και τὸ ἐμπόριον τῶν ἐμπορευμάτων τούτων.
13. Παραγωγὴ, ἐμπόριον ἢ χρησιμοποίησις ἐκρηκτικῶν ὑλών.
14. Κατασκευὴ, μεταφορὰ και κυκλοφορήσις πολεμικῶν ὄπλων.
15. Πλανόδιος πώλησις και πλανόδια ἐπαγγέλματα εἰς τὸν τόπον διαμονῆς.
16. Κατ' ἐπάγγελμα χρησιμοποίησις ἀεροπλάνων συμπεριλαμβανομένης τῆς μεταφορᾶς δι' ἀεροπλάνων.
17. Κατ' ἐπάγγελμα ἔρευνα και ἐκμετάλλευσις ὄρυκτῶν και κοιτασμάτων πετρελαίου.

Δι' ἀπάσας τὰς προηγουμένως ἐκτεθεισὰς ἐργασίας παρέχεται εἰς τοὺς ὑπάρχουσ και τὰς ἐταιρεῖας τοῦ ἐνὸς συμβαλλομένου Κράτους εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ἐτέρου συμβαλλομένου Κράτους ἡ βέλτεια τοῦ μᾶλλον εὐνοουμένου Κράτους.

12. Ἐπὶ τοῦ ἄρθρου 8.

Διὰ τὰς ἀποφάσεις περὶ χορηγήσεως τῆς ἀδείας ἐργασίας, κατὰ τὰς ἐσωτερικὰς διατάξεις, δὲν θὰ εἰσπράττωνται τέλη.

13. Ἐπὶ τοῦ ἄρθρου 8 παράγραφος 2.

Διὰ τὴν ἀπόφασιν ἐὰν ὑφίσταται διχοπῆ τῆς εἰς τὸ ἄρθρον 8 παράγραφος 2 ἀναφερομένης κατωτάτης προθεσμίας ἀπασχολήσεως τῶν 5 ἐτῶν θὰ ἰσχύουν οἱ νόμοι και αἱ διοικητικαὶ διατάξεις ἐκάστου συμβαλλομένου Κράτους.

14. Ἐπὶ τοῦ ἄρθρου 8 παράγραφος 8.

Ὁ ἀριθμὸς 3 τοῦ Πρωτοκόλλου ἰσχύει ἀντιστοίχως.

15. Ἐπὶ τοῦ ἄρθρου 11.

(α) Τὸ ἄρθρον 11 δὲν ἐμποδίζει οὐδὲν συμβαλλόμενον Κράτος νὰ θέσῃ ὡς ὄρον διὰ τὴν ἐγγραφήν εἰς τὸ κρατικὸν μητρώον, ὅτι πλοῖα και ἀεροσκάφη δὲν δύνανται νὰ ἀνήκουν εἰς τὴν ἰδιοκτησίαν ὑπάρχων ἢ Ἐταιρειῶν ἐνὸς ξένου Κράτους.

(β) Οἱ εἰς ἕκαστον συμβαλλόμενον Κράτος ἰσχύοντες ἐκαστοτε περιορισμοὶ οἱ ἀφορῶντες τὴν ἀπόκτησιν ἀκινήτων ἐκ μέρους ἀλλοδαπῶν δὲν θίγονται.

16. Ἐπὶ τοῦ ἄρθρου 12.

Τὸ ἄρθρον 12 δὲν εφαρμόζεται εἰς τοὺς δασμοὺς και εἰσφορὰς πάσης φύσεως τοὺς εἰσπραττομένους κατὰ τὴν εἰσαγωγὴν ἢ ἐξαγωγὴν, οἵτινες ὑπάρχουν εἰς τὸ καθεστῶς τὸ καθορισθὲν ὑπὸ τῶν ἄρθρων II και IV τῆς ἀπὸ 30 Ὀκτωβρίου 1947 Γενικῆς Συμφωνίας ἐπὶ τῶν δασμῶν και τοῦ ἐμπορίου

republik Deutschland und das Königreich Griechenland angehören, richten, keine Anwendung.

17. Zu Artikel 19

- a) Die Bestimmungen des Artikels 19 Absatz 1 lassen die Vorschriften beider Vertragsstaaten über den Kraftfahrzeugverkehr und den Luftverkehr unberührt.
- b) Beim Durchfuhrverkehr stehen die Bestimmungen des Artikels 19 Absatz 3 der Erhebung von Steuern oder anderen Abgaben nicht entgegen, die für die Beförderung oder für den Verkehr mit Beförderungsmitteln zu entrichten sind, sofern sie in Übereinstimmung mit der Inländerbehandlung und Meistbegünstigung erhoben werden.

18. Zu Artikel 22 Buchstabe c

Unter „Küstenschiffahrt“ ist auch jeder Transport von Waren zu verstehen, die unmittelbar oder mittelbar in den Häfen des einen der Vertragsstaaten umgeladen werden, um zu einem anderen Hafen desselben Vertragsstaates transportiert zu werden, selbst wenn sie von einem direkten und von ihrer Herkunft oder ihrer Bestimmung unabhängigen Konnossement begleitet sind. Das gleiche gilt für die Beförderung von Fahrgästen, selbst wenn sie im Besitz direkter Fahrscheine sind.

19. Zu Artikel 24 Buchstabe a

Cypern gilt als ein an Griechenland angrenzendes Land im Sinne dieser Bestimmung.

Das vorstehende Protokoll wird zu gleicher Zeit wie der genannte Vertrag unterzeichnet und bleibt ebenso lange wie der Vertrag selbst in Kraft. Der Wortlaut beider Sprachen ist in gleicher Weise verbindlich.

GESCHEHEN zu Bonn am achtzehnten März eintausendneunhundertundsechzig.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

A. H. van Scherpenberg

Für das Königreich Griechenland:

Ypsilanti

(ἀναθεωρηθὲν κείμενον) εἰς τὴν ἢ Ὁμοσπονδιακὴ Δημοκρατία τῆς Γερμανίας καὶ τὸ Βασίλειον τῆς Ἑλλάδος εἶναι συμβαλλόμενα Μέρη.

17. Ἐπὶ τοῦ ἀρθροῦ 19.

- (α) Οἱ ὅροι τοῦ ἀρθροῦ 19 παράγραφος 1 δὲν θίγουν τὰς διατάξεις ἀμφοτέρων τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν περὶ κυκλοφορίας αὐτοκινήτων καὶ ἀεροπλάνων.
- (β) Ἐπὶ κυκλοφορίας διαμετακομίσεως οἱ ὅροι τοῦ ἀρθροῦ 19 παράγραφος 3 δὲν ἀντίκεινται εἰς τὴν εἰσπραξιν φόρων καὶ ἄλλων εἰσφορῶν, οἵτινες δέον νὰ καταβληθοῦν διὰ τὴν μεταφορὰν ἢ τὴν κυκλοφορίαν διὰ μεταφορικῶν μέσων, ἐφ' ὅσον οὗτοι εὐρίσκονται ἐν ἀρμονίᾳ μὲ τὴν ἐθνικὴν μεταχείρισιν καὶ τὴν βῆτραν τοῦ μᾶλλον εὐνοουμένου Κράτους.

18. Ἐπὶ τοῦ ἀρθροῦ 22, στοιχείον γ.

Ὡς «ἀκτοπλοῖα» νοεῖται ἐπίσης πᾶσα μεταφορὰ ἐμπορευμάτων ἅτινα ἀμέσως ἢ ἐμμέσως μεταφορτώνονται εἰς τοὺς λιμένας ἐνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἵνα μεταφερθῶσιν εἰς ἕτερον λιμένα τοῦ αὐτοῦ συμβαλλομένου Κράτους ἀκόμη καὶ ὅταν συνοδεύωνται ὑπὸ ἀμέσου φορτωτικῆς συνεχείας καὶ ἀνεξαρτήτως τῆς προελεύσεως ἢ τοῦ προορισμοῦ των. Τὸ αὐτὸ ἰσχύει καὶ διὰ τὴν μεταφορὰν ἐπιβατῶν ἀκόμη καὶ ἐν ὅσοι εἶναι κἀτοχοὶ εἰσιτηριῶν συνεχείας.

19. Ἐπὶ τοῦ ἀρθροῦ 24, στοιχείον α.

Κατὰ τὴν ἐννοίαν τῆς διατάξεως ταύτης ἡ Κύπρος θεωρεῖται ὁμορος τῆς Ἑλλάδος Χώρα.

Τὸ παρὸν πρωτόκολλον θὰ ὑπογραφῆ ὁμοῦ μετὰ τῆς ρηθείσης Συνθήκης καὶ θὰ παραμείνῃ ἐν ἰσχύϊ ἐφ' ὅσον καὶ αὕτη ἢ Συνθήκη. Τὰ κείμενα εἰς ἀμφοτέρας τὰς γλώσσας παρέχουσιν ἕξ ἴσου πίστιν.

ἘΓΕΝΕΤΟ ἐν Βόννῃ, σήμερον τὴν 18ην Μαρτίου 1960

Διὰ τὸ Βασίλειον τῆς Ἑλλάδος:

Θωμᾶς Ὑψηλάντης

Διὰ τὴν Γερμανικὴν Ὁμοσπονδιακὴν Δημοκρατίαν:

A. H. van Scherpenberg

Briefwechsel

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, den 18. März 1960

Herr Botschafter,

ich beehre mich, Ihnen bei der Unterzeichnung des Niederlassungs- und Schifffahrtsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland zur Kenntnis zu bringen, daß meine Regierung es für angezeigt erachtet, zu dem Vertrag folgendes klarzustellen:

Die innerstaatlichen Vorschriften über die Auswanderung und die Beförderung der Auswanderer werden durch den Vertrag nicht berührt. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird jedoch in Erwartung der Gegenseitigkeit die erforderlichen Genehmigungen nicht aus dem Grund versagen, weil der Antrag von griechischer Seite gestellt wird. Von dem Geiste der Zusammenarbeit geleitet, der bei Ausarbeitung dieses Vertrages geherrscht hat, und im Hinblick auf die zwischen beiden Staaten bestehenden freundschaftlichen Beziehungen, beabsichtigen die zuständigen Behörden, in der Bundesrepublik Deutschland mit der gleichen Großzügigkeit wie bisher Anträge von griechischer Seite auf Zulassung zur Beförderung von Auswanderern zu behandeln.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung

A. H. van Scherpenberg

Seiner Exzellenz
dem Königlich Griechischen Botschafter
Herrn Thomas Ypsilanti

Der Staatssekretär
des Auswärtigen Amts

Bonn, den 18. März 1960

Herr Botschafter,

ich beehre mich, Ihnen bei der Unterzeichnung des Niederlassungs- und Schifffahrtsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Griechenland zur Kenntnis zu bringen, daß meine Regierung es für angezeigt erachtet, zu dem Vertrag folgendes klarzustellen:

Staatsangehörige der Bundesrepublik Deutschland sind alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung

A. H. van Scherpenberg

Seiner Exzellenz
dem Königlich Griechischen Botschafter
Herrn Thomas Ypsilanti
